

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes

zu der Vereinbarung vom 17. Dezember 2020

zur Änderung der am 25. November 1986 unterzeichneten
Vereinbarung über die Bereitstellung und den Betrieb
von Flugsicherungseinrichtungen und -diensten durch
EUROCONTROL in der Bezirkskontrollzentrale Maastricht
(Maastricht Vereinbarung)

A. Problem und Ziel

Am 25. November 1986 wurde die Maastricht Vereinbarung von Deutschland, Belgien, Luxemburg und den Niederlanden auf der einen und der internationalen Organisation EUROCONTROL auf der anderen Seite unterzeichnet. Gegenstand der Vereinbarung ist die Bereitstellung und der Betrieb von Flugsicherungs-Streckeneinrichtungen und -diensten durch die zu EUROCONTROL mit Sitz in Brüssel gehörende Kontrollzentrale Maastricht (Maastricht Upper Area Control Centre/MUAC). Die Zuständigkeit MUACs gilt für den Luftraum oberhalb der Flugfläche 245 (ca. 7 500 m Höhe) in der Upper Flight Information Region (UIR) Hannover, UIR Brüssel und Flight Information Region Amsterdam.

Im Rahmen der Einführung einer Kostenzuordnungsmethode sollen die den verschiedenen Bereichen von EUROCONTROL zurechenbaren Kosten, unter anderem MUAC, transparent bestimmt und eindeutig dem jeweiligen Teil des Budgets zugeordnet werden. Die Umsetzung dieser Kostenzuordnungsmethode setzt die Änderung der Maastricht Vereinbarung voraus. Die Änderungen betreffen insbesondere die Zuordnung der Pensionskosten für das Personal in MUAC zum Teil III des Haushalts und der Kosten für die Inanspruchnahme von Unterstützungsleistungen anderer Bereiche von EUROCONTROL. Neben der Kostenverteilung sehen die Änderungen der Maastricht Vereinbarung eine größere Autonomie des Direktorats MUAC innerhalb der weiteren

Direktorate EUROCONTROLS vor. Die Befugnisse und Verantwortlichkeiten des Direktors MUAC gegenüber dem Generaldirektor von EUROCONTROL werden gestärkt.

Da sich die Änderungen auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung beziehen, bedarf es gemäß Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes zur innerstaatlichen Umsetzung eines Vertragsgesetzes.

B. Lösung

Mit dem Gesetz werden die Voraussetzungen nach Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes für das Eingehen einer völkervertraglichen Bindung geschaffen.

C. Alternativen

Die dauerhafte Beibehaltung des Status quo würde das Verlangen nach einer transparenten Verteilung und Zuordnung der EUROCONTROL-Haushaltsmittel nicht erfüllen.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Zusätzliche Kosten werden ab dem Haushaltsjahr 2022 als Teil des EUROCONTROL Einzelplans III in die Flugsicherungsgebühr eingestellt und damit grundsätzlich auch in der vollen Höhe refinanziert. Sie wären damit haushaltsneutral.

E. Erfüllungsaufwand

E.1 Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger

Keiner.

E.2 Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

Keiner.

E.3 Erfüllungsaufwand der Verwaltung

Keiner.

F. Weitere Kosten

Durch dieses Gesetz entstehen weder bei Wirtschaftsunternehmen, insbesondere nicht bei mittelständischen Unternehmen, noch bei den sozialen Sicherungssystemen zusätzliche Kosten. Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten.



BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
DIE BUNDESKANZLERIN

Berlin, *M.*, März 2021

An den
Präsidenten des
Deutschen Bundestages
Herrn Dr. Wolfgang Schäuble
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Sehr geehrter Herr Präsident,

hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu der Vereinbarung vom 17. Dezember 2020 zur
Änderung der am 25. November 1986 unterzeichneten Vereinbarung über
die Bereitstellung und den Betrieb von Flugsicherungseinrichtungen und -
diensten durch EUROCONTROL in der Bezirkskontrollzentrale Maastricht
(Maastricht Vereinbarung)

mit Begründung und Vorblatt (Anlage 1).

Ich bitte, die Beschlussfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur

Der Bundesrat hat in seiner 1001. Sitzung am 5. März 2021 beschlossen,
gegen den Gesetzentwurf gemäß Artikel 76 Absatz 2 des Grundgesetzes keine
Einwendungen zu erheben.

Mit freundlichen Grüßen

Entwurf

Gesetz

**zu der Vereinbarung vom 17. Dezember 2020
zur Änderung der am 25. November 1986 unterzeichneten Vereinbarung
über die Bereitstellung und den Betrieb von
Flugsicherungseinrichtungen und -diensten durch EUROCONTROL
in der Bezirkskontrollzentrale Maastricht
(Maastricht Vereinbarung)**

Vom

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Der in Brüssel am 17. Dezember 2020 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Vereinbarung zur Änderung der am 25. November 1986 unterzeichneten Vereinbarung über die Bereitstellung und den Betrieb von Flugsicherungseinrichtungen und -diensten durch EUROCONTROL in der Bezirkskontrollzentrale Maastricht (BGBl. 1989 II S. 666, 667) wird zugestimmt. Die Vereinbarung wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem die Änderungsvereinbarung nach ihrem Artikel 3 Absatz 3 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Begründung zum Vertragsgesetz**Zu Artikel 1**

Auf die Änderungsvereinbarung ist Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes anzuwenden, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, an dem die Vereinbarung vom 17. Dezember 2020 zur Änderung der Vereinbarung vom 25. November 1986 zwischen der Bundesrepublik Deutschland, dem Königreich Belgien, dem Königreich der Niederlande und dem Großherzogtum Luxemburg einerseits sowie EURO-CONTROL andererseits in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Schlussbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet. Kosten entstehen durch das Gesetz weder bei Wirtschaftsunternehmen, insbesondere nicht bei mittelständischen Unternehmen, noch bei sozialen Sicherungssystemen. Vor diesem Hintergrund sind Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, nicht zu erwarten.

Vereinbarung
zur Änderung der am 25. November 1986 unterzeichneten Vereinbarung
über die Bereitstellung und den Betrieb von
Flugsicherungseinrichtungen und -diensten durch EUROCONTROL
in der Bezirkskontrollzentrale Maastricht
(Maastricht Vereinbarung)

Accord
amendant l'Accord
relatif à la fourniture et à l'exploitation d'installations
et des services de la circulation aérienne par EUROCONTROL au Centre
de contrôle régional de Maastricht, signé le 25 novembre 1986
(Accord de Maastricht)

Die Bundesrepublik Deutschland,
das Königreich Belgien,
das Großherzogtum Luxemburg,
das Königreich der Niederlande,

im Folgenden als „die Nationalen Vertragsparteien“ bezeichnet,
einerseits, und

die Europäische Organisation für Flugsicherung (EUROCONTROL),

im Folgenden als „die Organisation“ bezeichnet, andererseits,

in der Erwägung, dass die Ständige Kommission für Flugsicherung der Organisation (im Folgenden als „die Kommission“ bezeichnet) auf Vorschlag des Vorläufigen Rates die in Anlage 1 enthaltenen Änderungen der am 25. November 1986 unterzeichneten Vereinbarung über die Bereitstellung und den Betrieb von Flugsicherungseinrichtungen und -diensten durch EUROCONTROL in der Bezirkskontrollzentrale Maastricht (im Folgenden als „die Maastricht Vereinbarung“ bezeichnet) genehmigt hat,

in der Erwägung, dass die Kommission auf Vorschlag des Vorläufigen Rates den in Anlage 2 enthaltenen konsolidierten Wortlaut genehmigt hat,

haben Folgendes vereinbart:

Artikel 1

Die Maastricht Vereinbarung wird gemäß Anlage 1 geändert.

Artikel 2

Der konsolidierte Wortlaut der Maastricht Vereinbarung in der durch die vorliegende Vereinbarung geänderten Fassung ist aus praktischen Erwägungen als Anlage 2 beigefügt.

Artikel 3

1. Diese Vereinbarung bedarf der Ratifikation, der Annahme oder der Genehmigung.
2. Die Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden sind bei der Regierung des Königreichs Belgien zu hinterlegen.

La République fédérale d'Allemagne,
le Royaume de Belgique,
le Grand-Duché de Luxembourg,
le Royaume des Pays-Bas,

ci-après dénommés « les Parties contractantes nationales », d'une part,

et l'Organisation européenne pour la sécurité de la navigation aérienne (EUROCONTROL),

ci-après dénommée « l'Organisation », d'autre part,

Considérant que la Commission permanente pour la sécurité de la navigation aérienne de l'Organisation (ci-après dénommée « la Commission »), sur proposition du Conseil provisoire, a approuvé les amendements à l'Accord relatif à la fourniture et à l'exploitation d'installations et des services de la circulation aérienne par EUROCONTROL au Centre de contrôle régional de Maastricht, signé le 25 novembre 1986 (ci-après dénommé « l'Accord de Maastricht »), figurant à l'Annexe 1,

Considérant que la Commission, sur proposition du Conseil provisoire, a approuvé le texte consolidé figurant à l'Annexe 2,

Sont convenus des dispositions qui suivent :

Article premier

L'Accord de Maastricht est amendé comme indiqué à l'Annexe 1.

Article 2

À des fins d'ordre pratique, le texte consolidé de l'Accord de Maastricht tel qu'amendé par le présent accord est joint à l'Annexe 2.

Article 3

1. Le présent accord sera soumis à ratification, acceptation ou approbation.
2. Les instruments de ratification, d'acceptation ou d'approbation seront déposés auprès du gouvernement du Royaume de Belgique.

3. Diese Vereinbarung tritt am ersten Tag des zweiten Monats in Kraft, nachdem die letzte der Nationalen Vertragsparteien ihre Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde hinterlegt hat.

4. Durch ihre Unterschrift wird die Organisation Vertragspartei dieser Vereinbarung.

5. Die Regierung des Königreichs Belgien notifiziert den Regierungen der anderen Mitgliedstaaten der Organisation und der Organisation selbst jede Hinterlegung der Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden durch eine Nationale Vertragspartei sowie den Tag des Inkrafttretens dieser Vereinbarung.

6. Die Regierung des Königreichs Belgien lässt diese Vereinbarung beim Generalsekretär der Vereinten Nationen nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen und beim Rat der ICAO nach Artikel 83 des am 7. Dezember 1944 in Chicago unterzeichneten Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt registrieren.

Artikel 4

Die Nationalen Vertragsparteien ergreifen alle notwendigen Schritte, damit diese Vereinbarung spätestens am 31. Dezember 2021 in Kraft tritt.

Zu Urkund dessen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten nach Vorlage ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten diese Vereinbarung unterschrieben.

Geschehen zu Brüssel in deutscher, englischer, französischer, niederländischer und portugiesischer Sprache in einer Urschrift, die im Archiv der Regierung des Königreichs Belgien hinterlegt wird; diese übermittelt den Regierungen der anderen Mitgliedstaaten der Organisation und der Organisation selbst eine beglaubigte Abschrift; bei Abweichungen zwischen den Fassungen ist der Wortlaut in französischer Sprache maßgebend.

3. Le présent accord entrera en vigueur le premier jour du deuxième mois suivant le dépôt de l'instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation par la Partie contractante nationale procédant la dernière à cette formalité.

4. Par sa signature, l'Organisation devient partie au présent accord.

5. Le gouvernement du Royaume de Belgique notifiera aux gouvernements des autres États membres de l'Organisation et à l'Organisation elle-même, tout dépôt d'instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation par les Parties contractantes nationales ainsi que la date d'entrée en vigueur du présent accord.

6. Le gouvernement du Royaume de Belgique fera enregistrer le présent accord auprès du Secrétaire général des Nations Unies, conformément à l'article 102 de la Charte des Nations Unies, et auprès du Conseil de l'OACI, conformément à l'article 83 de la Convention relative à l'Aviation civile internationale, signée à Chicago le 7 décembre 1944.

Article 4

Les Parties contractantes nationales prendront les mesures requises pour assurer l'entrée en vigueur du présent accord pour le 31 décembre 2021 au plus tard.

En foi de quoi, les plénipotentiaires soussignés, après présentation de leurs pleins pouvoirs qui ont été reconnus en bonne et due forme, ont signé le présent accord.

Fait à Bruxelles en langues allemande, anglaise, française, néerlandaise et portugaise, en un seul exemplaire qui restera déposé aux archives du gouvernement du Royaume de Belgique, qui en communiquera des copies certifiées conformes aux gouvernements des autres États membres de l'Organisation et à l'Organisation elle-même, le texte en langue française faisant foi en cas de divergence entre les versions.

Anlage 1

Die am 25. November 1986 unterzeichnete Vereinbarung über die Bereitstellung und den Betrieb von Flugsicherungseinrichtungen und -diensten durch EUROCONTROL in der Bezirkskontrollzentrale Maastricht (Maastricht Vereinbarung), wird wie in den folgenden Artikeln angegeben geändert.

Artikel I

Die folgenden Bestimmungen werden am Ende der Präambel der Maastricht Vereinbarung angefügt:

„in der Erwägung, dass die Kommission den Beschluss Nr. 128 vom 9. Dezember 2015 gefasst hat hinsichtlich der Einführung einer agenturweiten Methode zur Kostenzuteilung und hinsichtlich der dauerhaften Zuteilung der Kosten für Unterstützungsdienste für den Betrieb der Zentrale Maastricht sowie der Kosten für Ausgleichszahlungen für nationale Steuern, die auf Versorgungsbezüge erhoben werden, und für Nebenleistungen, die von der Organisation an ehemaligen in der Zentrale Maastricht beschäftigtes Personal gezahlt werden;

in der Erwägung, dass die Kommission den Beschluss Nr. 129 vom 9. Dezember 2015 gefasst hat hinsichtlich der Beschlussfassung über betriebliche, technische, finanzielle oder haushaltsbezogene Maßnahmen, einschließlich Investitionen, sowie des Mandats des Direktors der Zentrale Maastricht, Unterstützungsdienste einzurichten, die für den Betrieb von der Zentrale Maastricht erforderlich sind;

in der Erwägung, dass die Organisation aufgrund des geänderten EUROCONTROL-Übereinkommens von 1981 und des revidierten Übereinkommens von 1997 durch Beschluss der Kommission und der Generalversammlung berechtigt ist, Unternehmen zu gründen, um die Erfüllung ihrer Aufgaben zu erleichtern;

in der Erwägung, dass aufgrund des geänderten Übereinkommens die Vertragsparteien, die die Organisation gemäß Artikel 2 Absatz 2 jenes Übereinkommens mit der Durchführung spezifischer Aufgaben betraut haben, berechtigt sind, bestimmte Maßnahmen hinsichtlich der Durchführung dieser Aufgaben zu treffen;

in der Erwägung, dass der Umfang dieser Maßnahmen durch Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b des geänderten Übereinkommens festgelegt ist;

in der Erwägung dass der Beschluss Nr. 129 der Kommission vom 9. Dezember 2015 festlegt, dass die Nationalen Vertragsparteien die Verantwortung für die Folgen für Einzelplan I des Agenturhaushalts übernehmen, die sich aus ihren Entscheidungen aufgrund der gemäß jenem Beschluss ergriffenen Maßnahmen, sowie aus Maßnahmen des Direktors der Zentrale Maastricht gemäß seinem Mandat, die für die Zentrale Maastricht erforderlich sind, einrichten, ergeben, sowie die vollständige Haftung für diese Entscheidungen und Maßnahmen übernehmen, falls die Organisation im Rahmen des geänderten Übereinkommens für direkte Folgen dieser Entscheidungen oder Maßnahmen haftbar gemacht wird;

in der Erwägung, dass die Organisation für den Fall, dass sie gemäß Artikel 25 Absatz 2 des geänderten Übereinkommens wegen einer solchen Entscheidung oder Maßnahme haftet, ein Rückgriffsrecht gegenüber den Nationalen Vertragsparteien besitzt;

in der Erwägung, dass der Direktor der Zentrale Maastricht gemäß Artikel 4 Absatz 2 dieser Vereinbarung für die Durchführung des laufenden Betriebs der Flugsicherungsdienste sowie für den sozialen Dialog verantwortlich ist; und

im Einvernehmen darüber, dass der soziale Dialog Gespräche mit Gewerkschaften und der Personalvertretung hinsichtlich der Beschäftigungsbedingungen von in der Zentrale Maastricht be-

Annexe 1

L'Accord relatif à la fourniture et à l'exploitation d'installations et des services de la circulation aérienne par EUROCONTROL au Centre de contrôle régional de Maastricht, signé le 25 novembre 1986 (Accord de Maastricht) est amendé comme indiqué dans les articles qui suivent.

Article Premier

Les dispositions suivantes sont ajoutées à la fin du préambule de l'Accord de Maastricht :

« Considérant que la Commission a adopté la décision n° 128 du 9 décembre 2015 relative à l'instauration d'une méthode de comptabilisation des coûts à l'échelle de l'Agence et à l'imputation permanente du coût des services d'appui fournis aux fins de l'exploitation du MUAC, du coût de la compensation de l'impôt national perçu sur les pensions et des prestations accessoires versées par l'Organisation aux membres retraités du personnel affecté au MUAC,

Considérant que la Commission a adopté la décision n° 129 du 9 décembre 2015 relative à la prise de décisions visant des mesures à caractère opérationnel, technique, financier ou budgétaire, en ce compris les mesures relatives aux investissements, ainsi qu'au mandat à confier au Directeur du MUAC à l'effet d'organiser les services d'appui requis aux fins de l'exploitation du MUAC,

Considérant qu'en vertu de la Convention EUROCONTROL amendée de 1981 et de la Convention EUROCONTROL révisée de 1997, l'Organisation est autorisée, sur décision respectivement de sa Commission permanente et de l'Assemblée générale, à créer des entreprises afin de faciliter l'exécution de ses tâches,

Considérant qu'en vertu de la Convention amendée, les Parties contractantes ayant chargé l'Organisation de l'exécution de tâches spécifiques conformément à l'article 2.2 de ladite Convention sont autorisées à prendre certaines mesures en vue de l'exécution de ces tâches,

Considérant que la portée de ces mesures est définie à l'article 6.1 (b) de la Convention amendée,

Considérant que la décision n° 129 de la Commission du 9 décembre 2015 établit que les Parties contractantes nationales assument la responsabilité des conséquences, sur le Titre I du budget de l'Agence, des décisions qu'elles prennent en vertu des mesures adoptées conformément à ladite décision ainsi que des mesures prises par le Directeur du Centre de Maastricht en vertu du mandat qui lui est conféré à l'effet d'organiser les services d'appui requis par le Centre de Maastricht, et endossent toute responsabilité découlant de telles décisions et mesures si l'Organisation devait être tenue pour responsable aux termes de la Convention amendée du fait de telles décisions et mesures,

Considérant que dans le cas où, du fait de telles décisions et mesures, la responsabilité de l'Organisation se trouverait engagée au titre de l'article 25.2 de la Convention amendée, l'Organisation dispose d'un droit de recours contre les Parties contractantes nationales,

Considérant qu'en vertu de l'article 4.2 du présent Accord, le Directeur du Centre de Maastricht assure la gestion courante de l'exploitation des services de la circulation aérienne, y compris le dialogue social, et

Étant entendu que le dialogue social recouvre les discussions menées avec les organisations syndicales et le comité du personnel au sujet des conditions d'emploi du personnel affecté au

schäftigtem Personal, jedoch nicht deren endgültige Zustimmung umfasst;“

Artikel II

Artikel 2 Absatz 2 der Maastricht Vereinbarung wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„2. Um die Bereitstellung und den Betrieb von Flugsicherungs-Streckeneinrichtungen und -diensten gemäß Artikel 1 Absatz 1 dieser Vereinbarung oder die Bereitstellung anderer spezifischer Dienste durch die Zentrale Maastricht zu unterstützen, kann die Organisation durch einen Beschluss der Kommission und auf Anfrage von und in Zusammenarbeit mit den Nationalen Vertragsparteien Unternehmen gründen oder auflösen, die durch spezifische, entweder auf dem Völkerrecht oder auf dem innerstaatlichen Recht eines Mitgliedstaates der Organisation beruhende Satzungen geregelt werden, oder eine Mehrheitsbeteiligung an solchen Unternehmen erwerben.“

Artikel III

Artikel 3 der Maastricht Vereinbarung wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„Die Organisation hat mit dem Ziel, bei optimalem Kosten-Nutzen-Verhältnis die sichere, wirksame und zügige Abwicklung des Flugverkehrs zu gewährleisten,

- (a) gemäß Anlage 1 zum geänderten Übereinkommen (Satzung der Agentur) über ihre Agentur die zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben erforderlichen Vorkehrungen zu treffen;
- (b) im Einvernehmen mit den Nationalen Vertragsparteien eine möglichst weitgehende Kompatibilität zwischen den Diensten der Zentrale Maastricht und den Flugverkehrsdiensten sicherzustellen, die von den Nationalen Vertragsparteien in dem ihrer Zuständigkeit unterliegenden Luftraum durchgeführt werden;
- (c) mit den Nationalen Vertragsparteien Übereinkünfte darüber zu treffen, in welcher Weise die in Anlage II zu dieser Vereinbarung genannten Einrichtungen betrieben werden sollen.“

Artikel IV

Artikel 4 der Maastricht Vereinbarung wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„Artikel 4

1. Der Direktor der Zentrale Maastricht legt gemäß Artikel 6 dieser Vereinbarung die betrieblichen, technischen, finanziellen und haushaltsbezogenen Maßnahmen sowie die entsprechenden Haushaltsmittel fest.

2. Der Direktor der Zentrale Maastricht ist verantwortlich für die Durchführung des laufenden Betriebs der Flugsicherungsdienste einschließlich der Personal- und Sachverwaltung, und des sozialen Dialogs hinsichtlich der Beschäftigungsbedingungen von in der Zentrale Maastricht beschäftigtem Personal. Zu diesem Zweck hat der Direktor der Zentrale Maastricht

- (a) die internen Vorschriften und dienstrechtlichen Bestimmungen der Organisation sowie alle vom Maastrichter Beschlussfassungsgremium oder von der Kommission gemäß Artikel 3 und 6 dieser Vereinbarung getroffenen Maßnahmen zu befolgen;
- (b) in den Bereichen Betrieb und Technik für eine enge Konsultierung und Koordinierung mit den Flugsicherungsdienstleistern der Nationalen Vertragsparteien und anderen betroffenen Beteiligten zu sorgen.

3. Der Direktor der Zentrale Maastricht organisiert die für die Zentrale Maastricht erforderlichen Unterstützungsdienste. Er kann um diese Unterstützungsdienste bei der Organisation, bei Dritten oder anderweitig nachsuchen. Bevor der Direktor der Zentrale Maastricht die Entscheidung trifft, Unterstützungsdienste nicht weiter bei der Organisation nachzusuchen, muss

Centre de Maastricht, mais pas l’approbation finale de ces conditions, »

Article II

L’article 2, paragraphe 2 de l’Accord de Maastricht est remplacé comme suit :

« 2. Afin de faciliter la fourniture et l’exploitation des installations et services de route de la circulation aérienne en vertu de l’article 1.1 du présent Accord ou de faciliter la fourniture d’autres services particuliers par le Centre de Maastricht, l’Organisation peut, sur décision de la Commission ainsi qu’à la demande des Parties contractantes nationales et en coopération avec celles-ci, créer ou dissoudre des entreprises dont les statuts relèveront soit du droit international public, soit du droit national d’un État membre de l’Organisation, ou prendre une participation majoritaire dans de telles entreprises. »

Article III

L’article 3 de l’Accord de Maastricht est remplacé comme suit :

« L’Organisation, afin d’assurer la sécurité, l’efficacité et l’écoulement rapide de la circulation aérienne par les moyens les plus rentables :

- (a) met en place, par son Agence, les moyens nécessaires pour l’exécution de sa mission, conformément aux dispositions de l’Annexe 1 de la Convention amendée (Statuts de l’Agence) ;
- (b) assure, en accord avec les Parties contractantes nationales, le maximum de compatibilité entre les services fournis, d’une part par le Centre de Maastricht et d’autre part par lesdites Parties contractantes nationales dans l’espace relevant de leur autorité ;
- (c) convient avec les Parties contractantes nationales de la manière dont les installations visées à l’Annexe II du présent Accord seront exploitées. »

Article IV

L’article 4 de l’Accord de Maastricht est remplacé comme suit :

« Article 4

1. Le Directeur du Centre de Maastricht détermine les mesures opérationnelles, techniques, financières et budgétaires, ainsi que les dotations budgétaires correspondantes, conformément aux dispositions de l’article 6 du présent Accord.

2. Le Directeur du Centre de Maastricht assure la gestion courante de l’exploitation des services de la circulation aérienne, y compris la gestion du personnel, le dialogue social sur les conditions d’emploi du personnel affecté au Centre de Maastricht, ainsi que les équipements. À cet effet, le Directeur du Centre de Maastricht :

- (a) se conforme aux règlements internes et aux statuts du personnel de l’Organisation, ainsi qu’à tout acte pris par l’Instance Décisionnelle de Maastricht ou la Commission conformément aux dispositions des articles 3 et 6 du présent Accord ;
- (b) assure une consultation et une coordination étroites sur les plans opérationnel et technique avec les prestataires de services de la circulation aérienne des Parties contractantes nationales et d’autres partenaires concernés.

3. Le Directeur du Centre de Maastricht organise les services d’appui requis pour le Centre de Maastricht. Il peut solliciter lesdits services auprès de l’Organisation, auprès de tiers ou par d’autres moyens. Avant de prendre la décision de ne plus solliciter de services d’appui auprès de l’Organisation, un dossier de justification comprenant une analyse coûts-avantages ainsi

eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung einschließlich einer Kosten-Nutzen-Analyse und einer Analyse der Auswirkungen der Entscheidung auf den Haushalt der Organisation durch den Direktor der Zentrale Maastricht in Zusammenarbeit mit dem für finanzielle Angelegenheiten zuständigen Direktor der Agentur durchgeführt und den Mitgliedstaaten vorgelegt werden, um die Transparenz sicherzustellen. Sollte der Direktor der Zentrale Maastricht entscheiden, nicht mehr bei der Organisation um Unterstützungsdienste nachzusuchen, beginnt mit der schriftlichen Benachrichtigung des Direktors der Zentrale Maastricht an den Generaldirektor der Agentur eine Kündigungsfrist. Diese Kündigungsfrist darf 12 Monate nicht übersteigen, es sei denn, der Direktor der Zentrale Maastricht und der Generaldirektor der Agentur vereinbaren gemeinsam eine längere Frist, insbesondere dann, wenn es negative Auswirkungen auf den Haushalt der Organisation geben könnte.

4. Die Nationalen Vertragsparteien übernehmen die Verantwortung für Auswirkungen auf Einzelplan I des Haushalts der Organisation, die sich aus Maßnahmen des Direktors der Zentrale Maastricht nach den Absätzen 1, 2 und 3 ergeben. Bei Entscheidungen des Direktors der Zentrale Maastricht hinsichtlich Unterstützungsdiensten gemäß Absatz 3 endet diese Verantwortung mit Ablauf der in diesem Absatz genannten Kündigungsfrist. Die Organisation ergreift alle angemessenen Maßnahmen, um die aus dieser Verantwortung stammenden Auswirkungen auf den Haushalt für die Nationalen Vertragsparteien zu begrenzen.“

Artikel V

Ein neuer Artikel 5 mit folgendem Wortlaut wird in die Maastricht Vereinbarung eingefügt:

„Artikel 5

1. Hiermit wird das Maastrichter Beschlussfassungsgremium eingesetzt. Es besteht aus den Nationalen Vertragsparteien.

2. Die Beschlüsse des Maastrichter Beschlussfassungsgremiums bedürfen der Einstimmigkeit der Nationalen Vertragsparteien und sind für diese verbindlich.

3. Das Maastrichter Beschlussfassungsgremium gibt sich seine Geschäftsordnung, einschließlich der Regeln für die Wahl des Vorsitzenden und des Stellvertretenden Vorsitzenden.“

Artikel VI

Artikel 5 der Maastricht Vereinbarung wird Artikel 6; er wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„Artikel 6

1. Das Maastrichter Beschlussfassungsgremium

- (a) genehmigt das Jahresarbeitsprogramm;
- (b) genehmigt Investitionspläne und Arbeitsprogramme, die sich über mehrere Jahre erstrecken;
- (c) genehmigt den Haushalt für die Zentrale Maastricht (einschließlich der Umlageschlüssel) und den Tätigkeitsbericht;
- (d) erteilt dem Direktor der Zentrale Maastricht Richtlinien, die für die Durchführung von Aufgaben, die der Zentrale Maastricht zugewiesen sind, notwendig sind, insbesondere hinsichtlich
 - (i) des operativen und technischen Konzepts;
 - (ii) der Luftraumorganisation und Sektorisierung;
 - (iii) des Personalbedarfs;
 - (iv) des Tagesgeschäfts;

qu'une analyse de l'incidence de la décision sur le budget de l'Organisation devra être constitué par le Directeur du Centre de Maastricht, en coopération avec le Directeur de l'Agence responsable des questions financières, et présenté aux États membres, dans un souci de transparence. Dans le cas où le Directeur du Centre de Maastricht prendrait la décision de ne plus solliciter de services d'appui auprès de l'Organisation, une période de préavis commencera à courir à compter de la date de la notification écrite de ladite décision par le Directeur du Centre de Maastricht au Directeur Général de l'Agence. La période de préavis ne peut excéder 12 mois, à moins que le Directeur du Centre de Maastricht et le Directeur Général de l'Agence ne conviennent de commun accord d'une plus longue période, en particulier lorsqu'il peut y avoir une incidence négative sur le budget de l'Organisation.

4. Les Parties contractantes nationales assument la responsabilité des conséquences, sur le Titre I du budget de l'Organisation, des mesures prises par le Directeur du Centre de Maastricht conformément aux paragraphes 1, 2 et 3 du présent article. Lorsque des décisions relatives aux services d'appui sont prises par le Directeur du Centre de Maastricht en vertu du paragraphe 3 du présent article, la responsabilité liée à ces décisions est limitée à l'expiration de la période de préavis mentionnée dans ce paragraphe. L'Organisation prend toute mesure raisonnable afin de limiter l'incidence budgétaire de cette responsabilité pour les Parties contractantes nationales. »

Article V

Un nouvel article 5 libellé comme suit est ajouté à l'Accord de Maastricht :

« Article 5

1. L'Instance Décisionnelle de Maastricht est établie par le présent Accord. Elle est composée des Parties contractantes nationales.

2. Les décisions de l'Instance Décisionnelle de Maastricht requièrent l'unanimité des voix des Parties contractantes nationales et sont contraignantes pour chacune d'elles.

3. L'Instance Décisionnelle de Maastricht établit son règlement intérieur, y compris les règles régissant l'élection d'un président et d'un vice-président. »

Article VI

L'article 5 de l'Accord de Maastricht devient l'article 6 et est remplacé comme suit :

« Article 6

1. L'Instance Décisionnelle de Maastricht :

- (a) approuve le programme de travail annuel ;
- (b) approuve les plans d'investissement et les programmes de travail pluriannuels ;
- (c) approuve le budget du Centre de Maastricht (y compris les clés de répartition des coûts) et le rapport d'activité ;
- (d) donne au Directeur du Centre de Maastricht les directives nécessaires à l'accomplissement des tâches confiées au Centre de Maastricht, en particulier en ce qui concerne :
 - (i) le concept opérationnel et technique ;
 - (ii) l'organisation et la sectorisation de l'espace aérien ;
 - (iii) les besoins en personnel ;
 - (iv) la gestion quotidienne ;

- (v) der Bereitstellung erforderlicher Dienste und Einrichtungen für die Organisation gemäß Anlage II dieser Vereinbarung;
- (vi) Notfallplänen;
- (e) genehmigt die Ernennung des Direktors der Zentrale Maastricht;
- (f) trifft bei der Ausübung seiner Aufsichtsbefugnisse hinsichtlich der Durchführung der in den Artikeln 3 und 4 dieser Vereinbarung aufgeführten Aufgaben die erforderlichen Maßnahmen;
- (g) erteilt dem Direktor der Zentrale Maastricht Entlastung für seine Haushaltsführung der Zentrale Maastricht.

2. Für alle anderen Maßnahmen hinsichtlich der Zentrale Maastricht gelten sinngemäß die Bestimmungen des geänderten Übereinkommens und seiner Anlage 1, mit Ausnahme seines Artikels 7 Absatz 1 zweiter, dritter und vierter Satz hinsichtlich der Verfahren für das Treffen von Maßnahmen im Bereich der in Artikel 2 Absatz 1 jenes Übereinkommens aufgeführten Aufgaben. Bei Maßnahmen, die mit einfacher oder gewogener Mehrheit angenommen werden, muss eine Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen erreicht werden, die die Zustimmung aller Nationalen Vertragsparteien einschließen muss.

3. Die Nationalen Vertragsparteien übernehmen die Verantwortung für Auswirkungen auf Einzelplan I des Haushalts der Organisation, die sich aus den Beschlüssen des Maastrichter Beschlussfassungsgremiums aufgrund von Maßnahmen und Richtlinien ergeben, die gemäß Absatz 1 getroffen wurden. Die Organisation ergreift alle angemessenen Maßnahmen, um die sich aus dieser Verantwortung ergebenden Auswirkungen auf den Haushalt für die Nationalen Vertragsparteien zu begrenzen.“

Artikel VII

Artikel 6 der Maastricht Vereinbarung wird aufgehoben.

Artikel VIII

A. Ein neuer Absatz 2 mit folgendem Wortlaut wird in Artikel 7 der Maastricht Vereinbarung eingefügt:

„2. Sollte die Organisation ein Unternehmen gemäß Artikel 2 Absatz 2 dieser Vereinbarung gründen, so kann das Eigentum an den Gebäuden, der Ausstattung und der Einrichtung der Zentrale Maastricht auf das Unternehmen übertragen werden.“

B. Artikel 7 Absatz 2 wird Artikel 7 Absatz 3 und erhält folgenden Wortlaut:

„3. Gemäß Artikel 6 Absatz 1 (b) dieser Vereinbarung und unbeschadet der verbliebenen Beschlussfassungskompetenz der Kommission werden Beschlüsse über die Genehmigung von Investitionsplänen durch die Nationalen Vertragsparteien gefasst. Die Finanzierung der mit diesen Investitionen verbundenen Ausgaben erfolgt über einen Sonderanhang zum Haushalt der Organisation. Die Finanzierungsregeln sind in Teil I des als Anlage III zu dieser Vereinbarung aufgeführten Finanzprotokolls festgelegt.“

Artikel IX

Artikel 8 der Maastricht Vereinbarung wird durch folgenden Artikel ersetzt:

„Artikel 8

1. Die in Personalkosten, sonstige Betriebskosten, Abschreibungen, Kapitalkosten und außerordentliche Aufwendungen unterteilten Kosten der Organisation für die Zentrale Maastricht werden gemäß Teil II des als Anlage III zu dieser Vereinbarung aufgeführten Finanzprotokolls festgesetzt und in einen Sonderanhang zum Haushalt der Organisation eingestellt. Die Finanzierung dieses Anhangs erfolgt durch die Nationalen Vertragsparteien nach einem zwischen ihnen zu vereinbarenden Verteilungsschlüssel.

- (v) les services et installations nécessaires à mettre à la disposition de l'Organisation conformément à l'Annexe II du présent Accord ;
- (vi) les plans d'urgence ;
- (e) approuve la nomination du Directeur du Centre de Maastricht ;
- (f) prend les mesures nécessaires dans l'exercice du pouvoir de tutelle pour l'accomplissement des tâches visées aux articles 3 et 4 du présent Accord ;
- (g) donne décharge au Directeur du Centre de Maastricht de sa gestion du budget du Centre de Maastricht.

2. Pour toutes les autres mesures relatives au Centre de Maastricht, les dispositions de la Convention amendée et celles de son Annexe 1, à l'exception des dispositions des 2^{ème}, 3^{ème} et 4^{ème} phrases du 1^{er} paragraphe de l'article 7 de la Convention amendée relatives aux procédures de prise de mesures en matière de tâches énumérées au 1^{er} paragraphe de l'article 2 de ladite Convention, s'appliquent par analogie. Les actes pris à la majorité simple ou pondérée doivent obtenir les deux tiers des suffrages exprimés sous réserve du vote favorable de l'unanimité des Parties contractantes nationales.

3. Les Parties contractantes nationales assument la responsabilité des conséquences, sur le Titre I du budget de l'Organisation, des décisions prises par l'Instance Décisionnelle de Maastricht sur la base des mesures et directives prises conformément au paragraphe 1 du présent article. L'Organisation prend toute mesure raisonnable afin de limiter l'incidence budgétaire de cette responsabilité pour les Parties contractantes nationales. »

Article VII

L'article 6 de l'Accord de Maastricht est abrogé.

Article VIII

A. Un nouveau paragraphe 2 libellé comme suit est ajouté à l'article 7 de l'Accord de Maastricht :

« 2. Dans le cas où l'Organisation procéderait à la création d'une entreprise conformément à l'article 2, paragraphe 2 du présent Accord, la propriété des bâtiments, équipements et installations du Centre de Maastricht peut être transférée vers cette entreprise. »

B. L'article 7, paragraphe 2 devient l'article 7, paragraphe 3 et est libellé comme suit :

« 3. Conformément à l'article 6, paragraphe 1 (b) du présent Accord et sans préjudice du pouvoir décisionnel résiduel de la Commission permanente, les décisions d'approbation des plans d'investissement appartiennent aux Parties contractantes nationales. Le financement des dépenses en capital relatives à ces investissements est assuré par une annexe spéciale au budget de l'Organisation. Les modalités de financement sont réglées au Titre 1 du Protocole financier de l'Annexe III au présent Accord. »

Article IX

L'article 8 de l'Accord de Maastricht est remplacé comme suit :

« Article 8

1. Les coûts – ventilés en dépenses de personnel, autres dépenses de fonctionnement, coûts d'amortissement, coût du capital et dépenses exceptionnelles – encourus par l'Organisation au titre du Centre de Maastricht sont établis en conformité des dispositions du Titre II du Protocole financier, objet de l'Annexe III au présent Accord, et inscrits à une annexe spéciale au budget de l'Organisation. Cette annexe est financée par les Parties contractantes nationales suivant une clé de répartition à convenir entre elles.

2. Die Kosten für von der Zentrale Maastricht durchgeführte Tätigkeiten und bereitgestellte Expertise zum Nutzen der Organisation werden gemäß der agenturweiten Methode zur Kostenzuteilung, die für alle Unterstützungskosten der Agentur eingeführt wurde, den jeweiligen Einzelplänen des Agenturhaushalts zugewiesen.“

Artikel X

Artikel 10 der Maastricht Vereinbarung wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„Artikel 10

1. Sollte eine oder sollten mehrere der Nationalen Vertragsparteien es beantragen, so kann die Organisation durch die Zentrale Maastricht Unterstützung bei der Bereitstellung von Flugverkehrsdiensten leisten. Bei Störungen kann die Organisation auf Anfrage einer oder mehrerer Nationaler Vertragsparteien Flugverkehrsdienste im Luftraum der jeweiligen Nationalen Vertragspartei oder Vertragsparteien außerhalb der Grenzen gemäß Anlage I dieser Vereinbarung bereitstellen. Ebenso können die Nationalen Vertragsparteien auf Anfrage der Organisation Flugverkehrsdienste im Luftraum gemäß den in Anlage I dieser Vereinbarung festgelegten Grenzen bereitstellen.

2. Der Bereitstellung dieser Dienste muss ein Briefwechsel zwischen dem Generaldirektor der Agentur und einem ordnungsgemäß bevollmächtigten Vertreter der betreffenden Nationalen Vertragspartei oder Vertragsparteien vorangegangen sein. Die Dienste müssen gemäß den von den Nationalen Vertragsparteien genehmigten Notfallplänen bereitgestellt werden.

3. Der Generaldirektor der Agentur informiert die Mitgliedsstaaten der Organisation, sobald Dienste gemäß diesem Artikel bereitgestellt werden.

4. Die Bereitstellung dieser Dienste muss auf Maßnahmen begrenzt bleiben, die für die Dauer der Störung erforderlich sind.“

Artikel XI

Artikel 11 Absätze 1 bis 3 der Maastricht Vereinbarung werden durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„1. Jede Nationale Vertragspartei haftet für alle Schäden, die aus den der Organisation nach Artikel 2 Absatz 3 und Anlage II dieser Vereinbarung bereitgestellten Diensten oder im Zusammenhang damit entstehen, soweit diese Schäden ihr zuzurechnen sind.

2. Außer in dem in Absatz 1 dieses Artikels vorgesehenen Fall stellt die Organisation die Nationalen Vertragsparteien frei von allen Ansprüchen aufgrund von Schäden, die als Folge von oder im Zusammenhang mit Dienstleistungen nach Artikel 1 Absatz 1, Artikel 2 Absatz 1 und Artikel 10 dieser Vereinbarung entstanden sind.

3. Die Organisation kann gemäß Artikel 25 Absatz 2 des geänderten Übereinkommens haftbar gemacht werden. Sie kann jedoch in den in Absatz 1 dieses Artikels, Artikel 4 Absätze 1, 2 und 3 und Artikel 6 Absatz 1 genannten Fällen für jegliche in dieser Hinsicht entstandene Schadensersatzpflicht Regressansprüche gegen die Nationalen Vertragsparteien anmelden.“

Artikel XII

Artikel 12 der Maastricht Vereinbarung wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„Artikel 12

Die in den Anlagen enthaltenen Bestimmungen sind Bestandteil dieser Vereinbarung. Die Anlagen I, II und III dieser Vereinbarung können jedoch durch einen Briefwechsel zwischen den

2. Les coûts des activités exercées par le Centre de Maastricht au profit de l'Organisation et de l'expertise dont il fait bénéficier cette dernière sont imputés aux titres pertinents du budget de l'Agence conformément à la méthode de comptabilisation des coûts à l'échelle de l'Agence appliquée pour tous les coûts d'appui de l'Agence. »

Article X

L'article 10 de l'Accord de Maastricht est remplacé comme suit :

« Article 10

1. En cas de demande émanant d'une ou de plusieurs Partie(s) contractante(s) nationale(s), l'Organisation peut, par l'intermédiaire de son Centre de Maastricht, apporter une assistance pour la fourniture de services de la circulation aérienne. En cas de perturbation des services, l'Organisation peut, à la demande d'une ou de plusieurs Partie(s) contractante(s) nationale(s), fournir des services de la circulation aérienne dans l'espace aérien de ladite Partie contractante nationale ou desdites Parties contractantes nationales en dehors des limites fixées à l'Annexe I du présent Accord. De même, les Parties contractantes nationales peuvent, à la demande de l'Organisation, fournir des services de la circulation aérienne dans l'espace aérien délimité à l'Annexe I du présent Accord.

2. La fourniture de ces services doit être précédée d'un échange de lettres entre le Directeur Général de l'Agence et un représentant dûment habilité de la Partie contractante nationale concernée ou des Parties contractantes nationales concernées. Les services sont fournis conformément aux plans d'urgence approuvés par les Parties contractantes nationales.

3. Lorsque des services sont fournis conformément au présent article, le Directeur Général de l'Agence en informe les États membres de l'Organisation.

4. La fourniture de ces services se limite aux mesures nécessaires pendant la durée de la perturbation. »

Article XI

Les paragraphes 1 à 3 de l'article 11 de l'Accord de Maastricht sont remplacés comme suit :

« 1. Chaque Partie contractante nationale est responsable de tout dommage survenu par suite ou à l'occasion des services qu'elle fournit à l'Organisation conformément aux dispositions de l'article 2, paragraphe 3 ainsi que de l'Annexe II du présent Accord dans la mesure où ce dommage lui est imputable.

2. Sauf dans le cas prévu au paragraphe 1 du présent article, l'Organisation garantit les Parties contractantes nationales contre l'action qui résulte d'un dommage survenu par suite ou à l'occasion des services fournis conformément aux dispositions des articles 1, paragraphe 1, 2, paragraphe 1 et 10 du présent Accord.

3. La responsabilité de l'Organisation peut être mise en cause, conformément au paragraphe 2 de l'article 25 de la Convention amendée. Cependant, pour les cas visés au paragraphe 1 du présent article, aux paragraphes 1, 2 et 3 de l'article 4 ainsi qu'au paragraphe 1 de l'article 6, l'Organisation a un droit de recours contre les Parties contractantes nationales pour toute indemnisation due à ce titre. »

Article XII

L'article 12 de l'Accord de Maastricht est remplacé comme suit :

« Article 12

Les dispositions énoncées dans les Annexes du présent Accord font partie intégrante de celui-ci. Les Annexes I, II et III du présent Accord peuvent cependant faire l'objet de modifications

Nationalen Vertragsparteien und dem Generaldirektor der Agentur geändert werden, sofern diese Änderungen die Rechte und Pflichten der Organisation und der Nationalen Vertragsparteien aufgrund der Artikel 1 bis 15 dieser Vereinbarung nicht berühren. Der Generaldirektor der Agentur kann sämtliche Änderungen der Anlagen I, II und III dieser Vereinbarung im Namen der Organisation genehmigen, solange die Kommission rechtzeitig darüber informiert wird. Anlage IV dieser Vereinbarung kann durch einstimmigen Beschluss der Kommission geändert werden.“

Artikel XIII

Artikel 14 Absatz 3 der Maastricht Vereinbarung wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„3. Diese Vereinbarung tritt in Kraft, nachdem die letzte der Nationalen Vertragsparteien ihre Ratifikations-, Annahme- oder Zustimmungsurkunde hinterlegt hat.“

Artikel XIV

Der Hinweis auf „Artikel 2.2 der Vereinbarung“ in Anlage II der Maastricht Vereinbarung wird gestrichen.

Artikel XV

In Anlage III der Maastricht Vereinbarung wird der Titel des Teil 1 durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„Teil I: Kapitalaufwendungen in Bezug auf Investitionen“

Artikel XVI

Artikel 1 der Anlage III der Maastricht Vereinbarung wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„Artikel 1

Die Kapitalaufwendungen in Bezug auf Investitionen für die Zentrale Maastricht werden aus einem Sonderanhang (innerhalb von Einzelplan III des Haushalts der Agentur) finanziert.“

Artikel XVII

Artikel 2 der Anlage III der Maastricht Vereinbarung wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„Artikel 2

Die Kapitalaufwendungen in Bezug auf Investitionen zu Lasten dieses Sonderanhangs werden durch Bankdarlehen oder andere von der Organisation zur Verfügung gestellte Mittel finanziert.“

Artikel XVIII

Die Artikel 3, 4 und 5 der Anlage III der Maastricht Vereinbarung werden aufgehoben.

Artikel XIX

Artikel 6 der Anlage III der Maastricht Vereinbarung wird Artikel 3 dieser Anlage.

Artikel XX

Artikel 7 der Anlage III der Maastricht Vereinbarung wird Artikel 4 dieser Anlage. Sein Absatz 1 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„Artikel 4

1. Die Betriebsausgaben zu Lasten dieses Sonderanhangs werden durch direkte Beiträge der Nationalen Vertragsparteien für die Kontrolle des allgemeinen Flugverkehrs, die nach einem zwischen ihnen zu vereinbarenden Verteilungsschlüssel festgelegt werden, sowie gegebenenfalls durch Sonderbeiträge der

par échange de lettres entre les Parties contractantes nationales et le Directeur Général de l'Agence, pour autant que ces modifications n'affectent pas les droits et obligations de l'Organisation et des Parties contractantes nationales en vertu des articles 1 à 15 du présent Accord. Le Directeur Général de l'Agence approuve toute modification apportée aux Annexes I, II et III du présent Accord au nom de l'Organisation pour autant qu'il en informe la Commission permanente bien à l'avance. L'Annexe IV du présent Accord peut faire l'objet de modifications par décision unanime de la Commission. »

Article XIII

L'article 14, paragraphe 3 de l'Accord de Maastricht est remplacé comme suit :

« 3. Le présent Accord entrera en vigueur après le dépôt de l'instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation de la Partie contractante nationale procédant la dernière à cette formalité. »

Article XIV

La référence à l'article 2, paragraphe 2 de l'Accord, figurant à l'Annexe II de l'Accord de Maastricht, est abrogé.

Article XV

Le libellé du titre I figurant à l'Annexe III de l'Accord de Maastricht est remplacé comme suit :

« Titre I : Dépenses en capital relatives aux investissements »

Article XVI

L'article premier de l'Annexe III de l'Accord de Maastricht est remplacé comme suit :

« Article premier

Les dépenses en capital relatives aux investissements au titre du Centre de Maastricht sont portées à une Annexe spéciale du Titre III du budget de l'Organisation. »

Article XVII

L'article 2 de l'Annexe III de l'Accord de Maastricht est remplacé comme suit :

« Article 2

Les dépenses en capital relatives aux investissements portées à cette Annexe spéciale sont financées par des emprunts bancaires ou tout autre moyen fourni par l'Organisation. »

Article XVIII

Les articles 3, 4 et 5 de l'Annexe III de l'Accord de Maastricht sont abrogés.

Article XIX

L'article 6 de l'Annexe III de l'Accord de Maastricht devient l'article 3 de cette Annexe.

Article XX

L'article 7 de l'Annexe III de l'Accord de Maastricht devient l'article 4 de cette Annexe. Son paragraphe 1 est remplacé et libellé comme suit :

« Article 4

1. Les dépenses de fonctionnement portées à cette Annexe spéciale sont équilibrées par des contributions directes des Parties contractantes nationales relatives au contrôle de la circulation aérienne générale, établies selon une clé de répartition à convenir entre elles, et, le cas échéant, par des contributions

betreffenden Nationalen Vertragsparteien für den militärischen Anteil an den Betriebskosten ausgeglichen.“

Artikel XXI

Artikel 8 der Anlage III der Maastricht Vereinbarung wird Artikel 5 dieser Anlage und erhält folgenden Wortlaut:

„Artikel 5

In diesen Sonderanhang sind ausreichende Mittel zur Deckung aller Kosten einzustellen, die zur Gewährleistung des sicheren Betriebs der Zentrale Maastricht erforderlich sind, insbesondere

- (a) die Brutto-Dienstbezüge, einschließlich der Zulagen und Vergütungen des gesamten Personals in der Zentrale Maastricht;
- (b) Ausgaben für die Ausbildung des Personals der Zentrale Maastricht entsprechend der geltenden Regelung;
- (c) alle Zahlungen, die als Folge eines auf die alleinige Veranlassung der Nationalen Vertragsparteien gefassten Beschlusses im Falle des Ausscheidens aus dem aktiven Dienst zu leisten sind;
- (d) den Arbeitgeberanteil an den Vorsorgekosten für das Personal der Zentrale Maastricht gemäß Artikel 6 dieser Anlage und den entsprechenden Teil der Verpflichtungen aus zurückliegenden Dienstzeiten für Versorgungsansprüche des Personals der Zentrale Maastricht, einschließlich der Verpflichtungen aus zurückliegenden Dienstzeiten gegenüber Personal aus dem operativen Bereich der Lohngruppe O;
- (e) Kosten für Unterstützungsdienste, die der Zentrale Maastricht bereitgestellt werden;
- (f) die Kosten aller Versicherungen, die die Organisation zur Abdeckung aller oder einiger Risiken abschließt, die sich aus dieser Vereinbarung ergeben;
- (g) die Kosten für Ausgleichszahlungen der Organisation für nationale Steuern, die auf Versorgungsbezüge von ehemals in der Zentrale Maastricht beschäftigtem Personal erhoben werden, das eine Altersversorgung oder Invaliditätsunterstützung von der Organisation erhält, sowie Zahlungen an Begünstigte, die Versorgungsbezüge gemäß Artikel 79 oder 80 des Personalstatuts für Beamte der EUROCONTROL Agentur und den Allgemeinen Beschäftigungsbedingungen für Beamte der Zentrale Maastricht erhalten, und zwar anteilmäßig entsprechend den Zeiträumen, in denen das betroffene Personal in der Zentrale Maastricht im Verhältnis zu seiner gesamten Dienstzeit bei der Agentur beschäftigt war;
- (h) die Kosten für Nebenleistungen, die von der Organisation an Versorgungsempfänger gezahlt werden, die ehemals in der Zentrale Maastricht beschäftigt waren und eine Altersversorgung oder Invaliditätsunterstützung von der Organisation erhalten, sowie Zahlungen an Begünstigte, die Versorgungsbezüge gemäß Artikel 79 oder 80 des Personalstatuts für Beamte der EUROCONTROL Agentur und den Allgemeinen Beschäftigungsbedingungen für Beamte der Zentrale Maastricht erhalten, und zwar anteilmäßig entsprechend den Zeiträumen, in denen das betroffene Personal in der Zentrale Maastricht im Verhältnis zu seiner gesamten Dienstzeit bei der Agentur beschäftigt war;
- (i) andere Betriebskosten einschließlich Kosten für die Beschaffung von Waren und Dienstleistungen, insbesondere externe Dienstleistungen und externes Personal, Material-, Energie- und Versorgungskosten, Mietkosten, Ausgaben für Ausrüstungen und Einrichtungen sowie Instandhaltungs-, und Reisekosten;
- (j) Abschreibungen;
- (k) Kapitalkosten.“

Artikel XXII

Artikel 9 der Anlage III der Maastricht Vereinbarung wird Artikel 6 dieser Anlage.

particulières des Parties contractantes nationales concernées pour la partie militaire des frais de fonctionnement. »

Article XXI

L'article 8 de l'Annexe III de l'Accord de Maastricht devient l'article 5 de cette Annexe et est libellé comme suit :

« Article 5

À cette Annexe spéciale sont prévus des crédits suffisants pour couvrir tous les coûts permettant d'assurer la bonne exploitation du Centre de Maastricht, et notamment :

- (a) les traitements, indemnités et allocations bruts de l'ensemble du personnel du Centre de Maastricht ;
- (b) les dépenses au titre de la formation du personnel du Centre de Maastricht en application de la réglementation en vigueur ;
- (c) toutes dépenses de fin de service payables par suite d'une décision prise à la seule initiative des Parties contractantes nationales ;
- (d) la part « employeur » du coût des pensions du personnel du Centre de Maastricht, définie à l'article 6 de la présente Annexe et la partie pertinente des obligations contractées pour les services passés relative aux droits à pension acquis par le personnel du Centre de Maastricht, y compris les obligations contractées pour les services passés concernant le personnel opérationnel relevant de la structure de grade « O » ;
- (e) le coût des services d'appui fournis au Centre de Maastricht ;
- (f) le coût de toutes les assurances contractées par l'Organisation pour couvrir l'ensemble ou une partie des risques encourus en rapport avec le présent Accord ;
- (g) les coûts relatifs à la compensation versée par l'Organisation pour l'impôt national perçu sur les pensions des membres retraités du personnel affecté au Centre de Maastricht et qui bénéficient d'une pension de retraite ou d'une allocation d'invalidité de l'Organisation ainsi que des personnes bénéficiant d'une pension accordée conformément aux articles 79 ou 80 du Statut administratif du personnel permanent de l'Agence EUROCONTROL et des Conditions générales d'emploi des agents du Centre EUROCONTROL à Maastricht au prorata de la période pendant laquelle les membres du personnel concernés ont été affectés à un poste au Centre de Maastricht par rapport à la durée totale de leur carrière à l'Agence ;
- (h) les coûts relatifs aux prestations accessoires versées par l'Organisation aux membres retraités du personnel affecté au Centre de Maastricht et qui bénéficient d'une pension de retraite ou d'une allocation d'invalidité de l'Organisation ainsi que des personnes bénéficiant d'une pension accordée conformément aux articles 79 ou 80 du Statut administratif du personnel permanent de l'Agence EUROCONTROL et des Conditions générales d'emploi des agents du Centre EUROCONTROL à Maastricht au prorata de la période pendant laquelle les membres du personnel concernés ont été affectés à un poste au Centre de Maastricht par rapport à la durée totale de leur carrière à l'Agence ;
- (i) les autres dépenses de fonctionnement comprenant les coûts exposés pour l'achat de biens et de services, notamment les services externalisés, le personnel extérieur, le matériel, l'énergie, les services collectifs, les loyers, les équipements et les installations, l'entretien et les frais de déplacement ;
- (j) le coût d'amortissement ;
- (k) le coût du capital. »

Article XXII

L'article 9 de l'Annexe III de l'Accord de Maastricht devient l'article 6 de cette Annexe.

Artikel XXIII

Artikel 10 der Anlage III der Maastricht Vereinbarung wird aufgehoben.

Artikel XXIV

Nach dem neuen Artikel 6 der Anlage III der Maastricht Vereinbarung wird ein neuer Teil III mit folgendem Wortlaut eingefügt:

„Teil III: Aufteilung der Kosten“

Artikel XXV

Ein neuer Artikel 7 mit folgendem Wortlaut wird in Anlage III der Maastricht Vereinbarung angefügt:

„Artikel 7

1. Die Nationalen Vertragsparteien vereinbaren, in ihre jährliche Kostengrundlage für Flugsicherungs-Streckengebühren einen Betrag aufzunehmen, der der jährlichen Amortisation und den auf die Kapitalaufwendungen für die vereinbarten Investitionen entfallenden Zinsen in der Zentrale Maastricht entspricht, und diese Beträge unter sich im Verhältnis des Flugverkehrskontrollpersonals aufzuteilen, das in den für den Luftraum der einzelnen Vertragsparteien bestimmten Kontrollsektoren beschäftigt ist, wobei der Luftraum des Königreichs Belgien und des Großherzogtums Luxemburg als eine Einheit betrachtet wird.

2. Die Nationalen Vertragsparteien vereinbaren, die Betriebskosten für die Kontrolle des allgemeinen Flugverkehrs in der Zentrale Maastricht nach dem gleichen Verteilungsschlüssel aufzuteilen, wie er in Absatz 1 beschrieben ist.

3. Die Anteile, die sich aus dem Verteilungsschlüssel nach den Absätzen 1 und 2 dieses Artikels ergeben, werden alljährlich nach dem Stand vom 1. Januar des jeweiligen Haushaltsjahres ermittelt und vom Maastrichter Beschlussfassungsgremium im Rahmen des in Artikel 6 Absatz 1 (c) dieser Vereinbarung genannten Haushaltsverfahrens festgesetzt.

4. Die gemäß den Absätzen 1 und 2 dieses Artikels auf das Königreich Belgien und das Großherzogtum Luxemburg als eine Einheit entfallenden Kostenanteile werden wie folgt zwischen den beiden Staaten aufgeteilt:

Königreich Belgien: 97 %

Großherzogtum Luxemburg: 3 %.

Artikel XXVI

Die folgende Bestimmung wird der Maastricht Vereinbarung vorübergehend als neue Anlage IV angefügt:

„ANLAGE IV**Einziger Artikel**

Für den Zeitraum von 2019 bis 2025 werden die jährlichen Kosten, die für die Zentrale Maastricht hinsichtlich der Kostenpunkte aus Artikel 5 Absatz 1 Buchstaben g und h der Anlage III (Ausgleichszahlungen für Steuern und Nebenleistungen) in den Sonderanhang zum Haushalt der Organisation aufzunehmen sind, entsprechend folgender Prozentsätze der Gesamtkosten dieser Posten festgesetzt:

2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
40 %	60 %	80 %	100 %	100 %	100 %	100 %
7,5 Mio. €	11,9 Mio. €	13,9 Mio. €	17,0 Mio. €	18,2 Mio. €	19,2 Mio. €	20,3 Mio. €

Die Beträge sind Richtwerte, die auf dem Geschäftsplan der Agentur von 2016 basieren; sie werden jährlich anhand der neuesten von der Agentur für die Erstellung des Haushalts der jeweiligen Jahre verwendeten Prognose festgesetzt.“

Article XXIII

L'article 10 de l'Annexe III de l'Accord de Maastricht est abrogé.

Article XXIV

Un nouveau titre III libellé comme suit est ajouté après l'article 6 de l'Annexe III de l'Accord de Maastricht :

« Titre III : Répartition des coûts ».

Article XXV

Un nouvel article 7 libellé comme suit est ajouté à l'Annexe III de l'Accord de Maastricht :

« Article 7

1. Les Parties contractantes nationales conviennent d'inclure dans leurs assiettes annuelles de redevances de route un montant équivalent à l'amortissement annuel et aux intérêts sur les dépenses en capital correspondant aux investissements consentis au Centre de contrôle régional de Maastricht, et de répartir entre elles ces montants au prorata des personnels de contrôle de la circulation aérienne affectés aux secteurs de contrôle desservant leur espace aérien, étant entendu que les espaces aériens du Royaume de Belgique et du Grand-Duché de Luxembourg sont considérés comme un tout.

2. Les Parties contractantes nationales conviennent de répartir entre elles selon la formule définie au paragraphe précédent, les coûts d'exploitation au titre du contrôle de la circulation aérienne générale au Centre de contrôle régional de Maastricht.

3. Les quotes-parts résultant de l'application de la clé de répartition visée aux paragraphes 1 et 2 ci-dessus seront établies annuellement en fonction de la situation prévalant au 1^{er} janvier de l'exercice budgétaire correspondant et arrêtées par l'Instance Décisionnelle de Maastricht dans le cadre de l'estimation budgétaire visée à l'article 6.1 (c) du présent Accord.

4. Les quotes-parts incombant au Royaume de Belgique et au Grand-Duché de Luxembourg en vertu des paragraphes 1 et 2 ci-dessus, considérés comme un tout, sont réparties entre ces États comme suit :

Royaume de Belgique : 97 %

Grand-Duché de Luxembourg : 3 %.

Article XXVI

La disposition suivante est ajoutée à titre temporaire à l'Accord de Maastricht en tant qu'Annexe IV :

« ANNEXE IV**Article unique**

Pour la période 2019 à 2025, les coûts annuels à inclure dans l'Annexe spéciale au budget de l'Organisation pour le Centre de Maastricht en ce qui concerne les éléments de coût mentionnés à l'article 5, paragraphe 1 (g) et (h) de l'Annexe III (compensation fiscale et prestations accessoires) sont déterminés conformément aux pourcentages suivants du total de ces éléments de coût :

2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
40 %	60 %	80 %	100 %	100 %	100 %	100 %
7,5 Mio EUR	11,9 Mio EUR	13,9 Mio EUR	17,0 Mio EUR	18,2 Mio EUR	19,2 Mio EUR	20,3 Mio EUR

Les montants, qui sont fondés sur le plan stratégique de l'Agence pour 2016, sont indicatifs et sont définis annuellement sur la base des dernières prévisions utilisées par l'Agence aux fins de l'élaboration du budget des exercices considérés. »

Anlage 2

Konsolidierter Text
der am 25. November 1986 unterzeichneten Vereinbarung
über die Bereitstellung und den Betrieb von
Flugsicherungseinrichtungen und -diensten durch EUROCONTROL
in der Bezirkskontrollzentrale Maastricht
(Maastricht Vereinbarung) und seinen Änderungen
Vereinbarung
über die Bereitstellung und den Betrieb von
Flugsicherungseinrichtungen und -diensten durch EUROCONTROL
in der Bezirkskontrollzentrale Maastricht

Annexe 2

Texte consolidé
de la version amendée de l'Accord relatif à la fourniture
et à l'exploitation d'installations et des services
de la circulation aérienne par EUROCONTROL au Centre
de contrôle régional de Maastricht,
signé le 25 novembre 1986 (Accord de Maastricht)
Accord
relatif à la fourniture et à l'exploitation d'installations
et des services de la circulation aérienne par EUROCONTROL au centre
de contrôle régional de Maastricht

Die Bundesrepublik Deutschland,
das Königreich Belgien,
das Großherzogtum Luxemburg,
das Königreich der Niederlande,

im Folgenden als „die Nationalen Vertragsparteien“ bezeichnet,
einerseits, und

die Europäische Organisation für Flugsicherung (EURO-
CONTROL),

im Folgenden als „die Organisation“ bezeichnet, andererseits,

in der Erwägung, dass die Ständige Kommission für Flugsicherung der Organisation, im Folgenden als „die Kommission“ bezeichnet, gemäß Anlage 3 zu dem am 12. Februar 1981 in Brüssel unterzeichneten Protokoll zur Änderung des Internationalen Übereinkommens über Zusammenarbeit zur Sicherung der Luftfahrt „EUROCONTROL“ vom 13. Dezember 1960 (im Folgenden als „das Protokoll“ bezeichnet) auf Vorschlag der Nationalen Vertragsparteien eine Lösung für die Zukunft der Bezirkskontrollzentrale Maastricht (im Folgenden als „die Zentrale Maastricht“ bezeichnet) angenommen hat und ihre Anwendung beschließen wird;

in der Erwägung, dass die Zentrale Maastricht als EUROCONTROL-Einrichtung beibehalten wird, die für die Organisation das unerlässliche Bindeglied zwischen ihren Grundaufgaben nach Artikel 2 Absatz 1 des 1981 in Brüssel geänderten EUROCONTROL-Übereinkommens (im Folgenden als „das geänderte Übereinkommen“ bezeichnet) und der praktischen Durchführung der Flugsicherungsdienste darstellt und es ihr ermöglicht, ihre technischen und betrieblichen Erfahrungen auf dem Gebiet der Flugverkehrsdienste zu erhalten und zu erweitern;

La République fédérale d'Allemagne,
le Royaume de Belgique,
le Grand-Duché de Luxembourg,
le Royaume des Pays-Bas,

ci-après dénommés « les Parties contractantes nationales »
d'une part,

et l'Organisation européenne pour la sécurité de la navigation
aérienne (EUROCONTROL),

ci-après dénommée « l'Organisation » d'autre part,

Considérant que la Commission permanente pour la sécurité de la navigation aérienne de l'Organisation (ci-après dénommée « la Commission ») sur proposition des Parties contractantes nationales, a adopté une solution sur l'avenir du Centre de contrôle régional de Maastricht (ci-après dénommé « le Centre de Maastricht »), et décidera de sa mise en œuvre conformément à l'Annexe 3 du Protocole signé le 12 février 1981 à Bruxelles, amendant la Convention internationale de coopération pour la sécurité de la navigation aérienne « EUROCONTROL » du 13 décembre 1960 (ci-après dénommé « le Protocole »),

Considérant que le Centre de Maastricht sera maintenu en tant qu'établissement d'EUROCONTROL, aux fins de constituer pour l'Organisation le lien indispensable entre les tâches obligatoires prévues à l'Article 2.1. de la Convention EUROCONTROL, amendée à Bruxelles en 1981 (ci-après dénommée « la Convention amendée ») et les réalités de l'exécution des services de la circulation aérienne, de sorte que l'Organisation puisse maintenir et développer son savoir-faire technique et opérationnel dans le domaine des services de la circulation aérienne,

in der Erwägung, dass diese Lösung dem Wunsch der Nationalen Vertragsparteien entspricht, die Organisation gemäß den Bestimmungen des geänderten Übereinkommens, insbesondere seiner Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe b und 12, mit der Bereitstellung und dem Betrieb von Flugsicherungseinrichtungen und -diensten im Auftrag der Nationalen Vertragsparteien zu betrauen;

in der Erwägung, dass die Kommission den Beschluss Nr. 128 vom 9. Dezember 2015 gefasst hat hinsichtlich der Einführung einer agenturweiten Methode zur Kostenzuteilung und hinsichtlich der dauerhaften Zuteilung der Kosten für Unterstützungsdienste für den Betrieb der Zentrale Maastricht sowie der Kosten für Ausgleichszahlungen für nationale Steuern, die auf Versorgungsbezüge erhoben werden, und für Nebenleistungen, die von der Organisation an ehemaliges in der Zentrale Maastricht beschäftigtes Personal gezahlt werden;

in der Erwägung, dass die Kommission den Beschluss Nr. 129 vom 9. Dezember 2015 gefasst hat hinsichtlich der Beschlussfassung über betriebliche, technische, finanzielle oder haushaltsbezogene Maßnahmen, einschließlich Investitionen, sowie des Mandats des Direktors der Zentrale Maastricht, Unterstützungsdienste einzurichten, die für den Betrieb von der Zentrale Maastricht erforderlich sind;

in der Erwägung, dass die Organisation aufgrund des geänderten EUROCONTROL-Übereinkommens von 1981 und des revidierten Übereinkommens von 1997 durch Beschluss der Kommission und der Generalversammlung berechtigt ist, Unternehmen zu gründen, um die Erfüllung ihrer Aufgaben zu erleichtern;

in der Erwägung, dass aufgrund des geänderten Übereinkommens die Vertragsparteien, die die Organisation gemäß Artikel 2 Absatz 2 jenes Übereinkommens mit der Durchführung spezifischer Aufgaben betraut haben, berechtigt sind, bestimmte Maßnahmen hinsichtlich der Durchführung dieser Aufgaben zu treffen;

in der Erwägung, dass der Umfang dieser Maßnahmen durch Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b des geänderten Übereinkommens festgelegt ist;

in der Erwägung, dass der Beschluss Nr. 129 der Kommission vom 9. Dezember 2015 festlegt, dass die Nationalen Vertragsparteien die Verantwortung für die Folgen für Einzelplan I des Agenturhaushalts übernehmen, die sich aus ihren Entscheidungen aufgrund der gemäß jenem Beschluss ergriffenen Maßnahmen, sowie aus Maßnahmen des Direktors der Zentrale Maastricht gemäß seinem Mandat, die für die Zentrale Maastricht erforderlichen Unterstützungsdienste einzurichten, ergeben, sowie die vollständige Haftung für diese Entscheidungen und Maßnahmen übernehmen, falls die Organisation im Rahmen des geänderten Übereinkommens für direkte Folgen dieser Entscheidungen oder Maßnahmen haftbar gemacht wird;

in der Erwägung, dass die Organisation für den Fall, dass sie gemäß Artikel 25 Absatz 2 des geänderten Übereinkommens wegen einer solchen Entscheidung oder Maßnahme haftet, ein Rückgriffsrecht gegenüber den Nationalen Vertragsparteien besitzt;

in der Erwägung, dass der Direktor der Zentrale Maastricht gemäß Artikel 4 Absatz 2 dieser Vereinbarung für die Durchführung des laufenden Betriebs der Flugsicherungsdienste sowie für den sozialen Dialog verantwortlich ist; und

im Einvernehmen darüber, dass der soziale Dialog Gespräche mit Gewerkschaften und der Personalvertretung hinsichtlich der Beschäftigungsbedingungen von in der Zentrale Maastricht beschäftigtem Personal, jedoch nicht deren endgültige Zustimmung umfasst;

haben Folgendes vereinbart:

Considérant que cette solution répond aux vœux des Parties contractantes nationales de charger l'Organisation de la fourniture et de l'exploitation d'installations et services de la circulation aérienne pour le compte des Parties contractantes nationales, conformément aux dispositions de la Convention amendée, et notamment ses articles 2.2 b) et 12,

Considérant que la Commission a adopté la décision n° 128 du 9 décembre 2015 relative à l'instauration d'une méthode de comptabilisation des coûts à l'échelle de l'Agence et à l'imputation permanente du coût des services d'appui fournis aux fins de l'exploitation du MUAC, du coût de la compensation de l'impôt national perçu sur les pensions et des prestations accessoires versées par l'Organisation aux membres retraités du personnel affecté au MUAC,

Considérant que la Commission a adopté la décision n° 129 du 9 décembre 2015 relative à la prise de décisions visant des mesures à caractère opérationnel, technique, financier ou budgétaire, en ce compris les mesures relatives aux investissements, ainsi qu'au mandat à confier au Directeur du MUAC à l'effet d'organiser les services d'appui requis aux fins de l'exploitation du MUAC,

Considérant qu'en vertu de la Convention EUROCONTROL amendée de 1981 et de la Convention EUROCONTROL révisée de 1997, l'Organisation est autorisée, sur décision respectivement de sa Commission permanente et de l'Assemblée générale, à créer des entreprises afin de faciliter l'exécution de ses tâches,

Considérant qu'en vertu de la Convention amendée, les Parties contractantes ayant chargé l'Organisation de l'exécution de tâches spécifiques conformément à l'article 2.2 de ladite Convention sont autorisées à prendre certaines mesures en vue de l'exécution de ces tâches,

Considérant que la portée de ces mesures est définie à l'article 6.1 (b) de la Convention amendée,

Considérant que la décision n° 129 de la Commission du 9 décembre 2015 établit que les Parties contractantes nationales assument la responsabilité des conséquences, sur le Titre I du budget de l'Agence, des décisions qu'elles prennent en vertu des mesures adoptées conformément à ladite décision ainsi que des mesures prises par le Directeur du Centre de Maastricht en vertu du mandat qui lui est conféré à l'effet d'organiser les services d'appui requis par le Centre de Maastricht, et endossent toute responsabilité découlant de telles décisions et mesures si l'Organisation devait être tenue pour responsable aux termes de la Convention amendée du fait de telles décisions et mesures,

Considérant que dans le cas où, du fait de telles décisions et mesures, la responsabilité de l'Organisation se trouverait engagée au titre de l'article 25.2 de la Convention amendée, l'Organisation dispose d'un droit de recours contre les Parties contractantes nationales,

Considérant qu'en vertu de l'article 4.2 du présent Accord, le Directeur du Centre de Maastricht assure la gestion courante de l'exploitation des services de la circulation aérienne, y compris le dialogue social, et

Étant entendu que le dialogue social recouvre les discussions menées avec les organisations syndicales et le comité du personnel au sujet des conditions d'emploi du personnel affecté au Centre de Maastricht, mais pas l'approbation finale de ces conditions,

Sont convenus des dispositions qui suivent :

Artikel 1

1. Die Nationalen Vertragsparteien beauftragen die Organisation gemäß Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe b des geänderten Übereinkommens mit der Bereitstellung und dem Betrieb der Flugsicherungs-Streckeneinrichtungen und -dienste in dem Umfang und in der Art und Weise wie in dieser Vereinbarung beschrieben. Zu diesem Zweck benutzt die Organisation die Einrichtungen der Zentrale Maastricht und stellt das für den Betrieb und die Instandhaltung der Zentrale benötigte Personal.

2. Jede Nationale Vertragspartei behält hinsichtlich des Luftraums über ihrem Hoheitsgebiet und hinsichtlich der Teile des Luftraums über der offenen See, die ihr aufgrund des Luftfahrtplans für die Region Europa der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation (im Folgenden als „ICAO“ bezeichnet) zugewiesen sind, ihre Zuständigkeiten und Verpflichtungen auf den Gebieten der Luftfahrtgesetzgebung, der Festlegung von Regeln und Bestimmungen, der Luftraumorganisation und der Beziehungen zu internationalen Organisationen wie der ICAO, zu den Luftraumbenutzern und sonstigen Dritten.

Artikel 2

1. Die Organisation übernimmt die Bereitstellung der Flugsicherungs-Streckeneinrichtungen und den Betrieb der Flugsicherungs-Streckendienste für den Luftverkehr nach Artikel 3 Absatz 3 des geänderten Übereinkommens in dem Luftraum, dessen Grenzen in Anlage I zu dieser Vereinbarung angegeben sind.

2. Um die Bereitstellung und den Betrieb von Flugsicherungs-Streckeneinrichtungen und -diensten gemäß Artikel 1 Absatz 1 dieser Vereinbarung oder die Bereitstellung anderer spezifischer Dienste durch die Zentrale Maastricht zu unterstützen, kann die Organisation durch einen Beschluss der Kommission und auf Anfrage von und in Zusammenarbeit mit den Nationalen Vertragsparteien Unternehmen gründen oder auflösen, die durch spezifische, entweder auf dem Völkerrecht oder auf dem innerstaatlichen Recht eines Mitgliedsstaates der Organisation beruhende Satzungen geregelt werden, oder eine Mehrheitsbeteiligung an solchen Unternehmen erwerben.

3. Die Nationalen Vertragsparteien treffen im Rahmen ihrer Zuständigkeit alle Maßnahmen, um sicherzustellen, dass die Organisation ihre Verpflichtungen aus dieser Vereinbarung erfüllen kann; dies gilt insbesondere für die Zuteilung von Funkfrequenzen.

Artikel 3

Die Organisation hat mit dem Ziel, bei optimalem Kosten-Nutzen-Verhältnis die sichere, wirksame und zügige Abwicklung des Flugverkehrs zu gewährleisten,

- (a) gemäß Anlage 1 zum geänderten Übereinkommen (Satzung der Agentur) über ihre Agentur die zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben erforderlichen Vorkehrungen zu treffen;
- (b) im Einvernehmen mit den Nationalen Vertragsparteien eine möglichst weitgehende Kompatibilität zwischen den Diensten der Zentrale Maastricht und den Flugverkehrsdiensten sicherzustellen, die von den Nationalen Vertragsparteien in dem ihrer Zuständigkeit unterliegenden Luftraum durchgeführt werden;
- (c) mit den Nationalen Vertragsparteien Übereinkünfte darüber zu treffen, in welcher Weise die in Anlage II zu dieser Vereinbarung genannten Einrichtungen betrieben werden sollen.

Artikel 4

1. Der Direktor der Zentrale Maastricht legt gemäß Artikel 6 dieser Vereinbarung die betrieblichen, technischen, finanziellen und haushaltsbezogenen Maßnahmen sowie die entsprechenden Haushaltsmittel fest.

Article 1

1. Les Parties contractantes nationales chargent l'Organisation d'assurer, conformément au paragraphe 2.b de l'article 2 de la Convention amendée, la fourniture et l'exploitation des installations et services de route de la circulation aérienne, dans les limites et de la manière indiquée au présent Accord. L'Organisation utilise à cet effet les installations du Centre de Maastricht et fournit le personnel nécessaire à l'exploitation et à la maintenance du Centre.

2. Chacune des Parties contractantes nationales, tant pour l'espace situé au-dessus de son territoire que pour les parties de l'espace aérien au-dessus des étendues maritimes désignées sur base du Plan de navigation aérienne – Région Europe – de l'Organisation de l'Aviation Civile Internationale (ci-après dénommée « l'OACI »), conserve ses compétences et obligations en matière de législation aéronautique, de réglementations, d'organisation de l'espace aérien et de relations avec des Organisations internationales comme l'OACI, ainsi qu'avec les usagers de l'espace aérien ou toute autre tierce partie.

Article 2

1. L'Organisation fournit les installations et exploite les services de circulation aérienne de route pour le trafic aérien défini à l'article 3.3. de la Convention amendée, dans l'espace aérien, dont les limites sont définies à l'Annexe I au présent Accord.

2. Afin de faciliter la fourniture et l'exploitation des installations et services de route de la circulation aérienne en vertu de l'article 1.1 du présent Accord ou de faciliter la fourniture d'autres services particuliers par le Centre de Maastricht, l'Organisation peut, sur décision de la Commission ainsi qu'à la demande des Parties contractantes nationales et en coopération avec celles-ci, créer ou dissoudre des entreprises dont les statuts relèveront soit du droit international public, soit du droit national d'un État membre de l'Organisation, ou prendre une participation majoritaire dans de telles entreprises.

3. Les Parties contractantes nationales prennent dans la limite de leur compétence, toutes mesures devant permettre à l'Organisation d'exercer ses responsabilités dans le cadre du présent Accord, notamment en matière d'attribution de fréquences radio.

Article 3

L'Organisation, afin d'assurer la sécurité, l'efficacité et l'écoulement rapide de la circulation aérienne par les moyens les plus rentables :

- (a) met en place, par son Agence, les moyens nécessaires pour l'exécution de sa mission, conformément aux dispositions de l'Annexe 1 de la Convention amendée (Statuts de l'Agence) ;
- (b) assure, en accord avec les Parties contractantes nationales, le maximum de compatibilité entre les services fournis, d'une part par le Centre de Maastricht et d'autre part par lesdites Parties contractantes nationales dans l'espace relevant de leur autorité ;
- (c) convient avec les Parties contractantes nationales de la manière dont les installations visées à l'Annexe II du présent Accord seront exploitées.

Article 4

1. Le Directeur du Centre de Maastricht détermine les mesures opérationnelles, techniques, financières et budgétaires, ainsi que les dotations budgétaires correspondantes, conformément aux dispositions de l'article 6 du présent Accord.

2. Der Direktor der Zentrale Maastricht ist verantwortlich für die Durchführung des laufenden Betriebs der Flugsicherungsdienste einschließlich der Personal- und Sachverwaltung, und des sozialen Dialogs hinsichtlich der Beschäftigungsbedingungen von in der Zentrale Maastricht beschäftigtem Personal. Zu diesem Zweck hat der Direktor der Zentrale Maastricht

- (a) die internen Vorschriften und dienstrechtlichen Bestimmungen der Organisation sowie alle vom Maastrichter Beschlussfassungsgremium oder von der Kommission gemäß Artikel 3 und 6 dieser Vereinbarung getroffenen Maßnahmen zu befolgen;
- (b) in den Bereichen Betrieb und Technik für eine enge Konsultierung und Koordinierung mit den Flugsicherungsdienstleistern der Nationalen Vertragsparteien und anderen betroffenen Beteiligten zu sorgen.

3. Der Direktor der Zentrale Maastricht organisiert die für die Zentrale Maastricht erforderlichen Unterstützungsdienste. Er kann um diese Unterstützungsdienste bei der Organisation, bei Dritten oder anderweitig nachsuchen. Bevor der Direktor der Zentrale Maastricht die Entscheidung trifft, Unterstützungsdienste nicht weiter bei der Organisation nachzusuchen, muss eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung einschließlich einer Kosten-Nutzen-Analyse und einer Analyse der Auswirkungen der Entscheidung auf den Haushalt der Organisation durch den Direktor der Zentrale Maastricht in Zusammenarbeit mit dem für finanzielle Angelegenheiten zuständigen Direktor der Agentur durchgeführt und den Mitgliedstaaten vorgelegt werden, um die Transparenz sicherzustellen. Sollte der Direktor der Zentrale Maastricht entscheiden, nicht mehr bei der Organisation um Unterstützungsdienste nachzusuchen, beginnt mit der schriftlichen Benachrichtigung des Direktors der Zentrale Maastricht an den Generaldirektor der Agentur eine Kündigungsfrist. Diese Kündigungsfrist darf 12 Monate nicht übersteigen, es sei denn, der Direktor der Zentrale Maastricht und der Generaldirektor der Agentur vereinbaren gemeinsam eine längere Frist, insbesondere dann, wenn es negative Auswirkungen auf den Haushalt der Organisation geben könnte.

4. Die Nationalen Vertragsparteien übernehmen die Verantwortung für Auswirkungen auf Einzelplan I des Haushalts der Organisation, die sich aus Maßnahmen des Direktors der Zentrale Maastricht nach den Absätzen 1, 2 und 3 ergeben. Bei Entscheidungen des Direktors der Zentrale Maastricht hinsichtlich Unterstützungsdiensten gemäß Absatz 3 endet diese Verantwortung mit Ablauf der in diesem Absatz genannten Kündigungsfrist. Die Organisation ergreift alle angemessenen Maßnahmen, um die aus dieser Verantwortung stammenden Auswirkungen auf den Haushalt für die Nationalen Vertragsparteien zu begrenzen.

Artikel 5

1. Hiermit wird das Maastrichter Beschlussfassungsgremium eingesetzt. Es besteht aus den Nationalen Vertragsparteien.

2. Die Beschlüsse des Maastrichter Beschlussfassungsgremiums bedürfen der Einstimmigkeit der Nationalen Vertragsparteien und sind für diese verbindlich.

3. Das Maastrichter Beschlussfassungsgremium gibt sich seine Geschäftsordnung, einschließlich der Regeln für die Wahl des Vorsitzenden und des Stellvertretenden Vorsitzenden.

Artikel 6

1. Das Maastrichter Beschlussfassungsgremium

- (a) genehmigt das Jahresarbeitsprogramm;
- (b) genehmigt Investitionspläne und Arbeitsprogramme, die sich über mehrere Jahre erstrecken;
- (c) genehmigt den Haushalt für die Zentrale Maastricht (einschließlich der Umlageschlüssel) und den Tätigkeitsbericht;

2. Le Directeur du Centre de Maastricht assure la gestion courante de l'exploitation des services de la circulation aérienne, y compris la gestion du personnel, le dialogue social sur les conditions d'emploi du personnel affecté au Centre de Maastricht, ainsi que les équipements. À cet effet, le Directeur du Centre de Maastricht :

- (a) se conforme aux règlements internes et aux statuts du personnel de l'Organisation, ainsi qu'à tout acte pris par l'Instance Décisionnelle de Maastricht ou la Commission conformément aux dispositions des articles 3 et 6 du présent Accord ;
- (b) assure une consultation et une coordination étroites sur les plans opérationnel et technique avec les prestataires de services de la circulation aérienne des Parties contractantes nationales et d'autres partenaires concernés.

3. Le Directeur du Centre de Maastricht organise les services d'appui requis pour le Centre de Maastricht. Il peut solliciter lesdits services auprès de l'Organisation, auprès de tiers ou par d'autres moyens. Avant de prendre la décision de ne plus solliciter de services d'appui auprès de l'Organisation, un dossier de justification comprenant une analyse coûts-avantages ainsi qu'une analyse de l'incidence de la décision sur le budget de l'Organisation devra être constitué par le Directeur du Centre de Maastricht, en coopération avec le Directeur de l'Agence responsable des questions financières, et présenté aux États membres, dans un souci de transparence. Dans le cas où le Directeur du Centre de Maastricht prendrait la décision de ne plus solliciter de services d'appui auprès de l'Organisation, une période de préavis commencera à courir à compter de la date de la notification écrite de ladite décision par le Directeur du Centre de Maastricht au Directeur Général de l'Agence. La période de préavis ne peut excéder 12 mois, à moins que le Directeur du Centre de Maastricht et le Directeur Général de l'Agence ne conviennent de commun accord d'une plus longue période, en particulier lorsqu'il peut y avoir une incidence négative sur le budget de l'Organisation.

4. Les Parties contractantes nationales assument la responsabilité des conséquences, sur le Titre I du budget de l'Organisation, des mesures prises par le Directeur du Centre de Maastricht conformément aux paragraphes 1, 2 et 3 du présent article. Lorsque des décisions relatives aux services d'appui sont prises par le Directeur du Centre de Maastricht en vertu du paragraphe 3 du présent article, la responsabilité liée à ces décisions est limitée à l'expiration de la période de préavis mentionnée dans ce paragraphe. L'Organisation prend toute mesure raisonnable afin de limiter l'incidence budgétaire de cette responsabilité pour les Parties contractantes nationales.

Article 5

1. L'Instance Décisionnelle de Maastricht est établie par le présent Accord. Elle est composée des Parties contractantes nationales.

2. Les décisions de l'Instance Décisionnelle de Maastricht requièrent l'unanimité des voix des Parties contractantes nationales et sont contraignantes pour chacune d'elles.

3. L'Instance Décisionnelle de Maastricht établit son règlement intérieur, y compris les règles régissant l'élection d'un président et d'un vice-président.

Article 6

1. L'Instance Décisionnelle de Maastricht :

- (a) approuve le programme de travail annuel ;
- (b) approuve les plans d'investissement et les programmes de travail pluriannuels ;
- (c) approuve le budget du Centre de Maastricht (y compris les clés de répartition des coûts) et le rapport d'activité ;

- (d) erteilt dem Direktor der Zentrale Maastricht Richtlinien, die für die Durchführung von Aufgaben, die der Zentrale Maastricht zugewiesen sind, notwendig sind; insbesondere hinsichtlich
- (i) des operativen und technischen Konzepts;
 - (ii) der Luftraumorganisation und Sektorisierung;
 - (iii) des Personalbedarfs;
 - (iv) des Tagesgeschäfts;
 - (v) der Bereitstellung erforderlicher Dienste und Einrichtungen für die Organisation gemäß Anlage II dieser Vereinbarung;
 - (vi) Notfallplänen;
- (e) genehmigt die Ernennung des Direktors der Zentrale Maastricht;
- (f) trifft bei der Ausübung seiner Aufsichtsbefugnisse hinsichtlich der Durchführung der in den Artikeln 3 und 4 dieser Vereinbarung aufgeführten Aufgaben die erforderlichen Maßnahmen;
- (g) erteilt dem Direktor der Zentrale Maastricht Entlastung für seine Haushaltsführung der Zentrale Maastricht.

2. Für alle anderen Maßnahmen hinsichtlich der Zentrale Maastricht gelten sinngemäß die Bestimmungen des geänderten Übereinkommens und seiner Anlage 1, mit Ausnahme seines Artikels 7 Absatz 1 zweiter, dritter und vierter Satz hinsichtlich der Verfahren für das Treffen von Maßnahmen im Bereich der in Artikel 2 Absatz 1 jenes Übereinkommens aufgeführten Aufgaben. Bei Maßnahmen, die mit einfacher oder gewogener Mehrheit angenommen werden, muss eine Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen erreicht werden, die die Zustimmung aller Nationalen Vertragsparteien einschließen muss.

3. Die Nationalen Vertragsparteien übernehmen die Verantwortung für Auswirkungen auf Einzelplan I des Haushalts der Organisation, die sich aus den Beschlüssen des Maastrichter Beschlussfassungsgremiums aufgrund von Maßnahmen und Richtlinien ergeben, die gemäß Absatz 1 getroffen wurden. Die Organisation ergreift alle angemessenen Maßnahmen, um die sich aus dieser Verantwortung ergebenden Auswirkungen auf den Haushalt für die Nationalen Vertragsparteien zu begrenzen.

Artikel 7

1. Die in der Zentrale Maastricht erforderlichen Investitionen für die Durchführung der nach dieser Vereinbarung an die Organisation übertragenen Aufgaben werden von der Organisation getätigt.

2. Sollte die Organisation ein Unternehmen gemäß Artikel 2 Absatz 2 dieser Vereinbarung gründen, so kann das Eigentum an den Gebäuden, der Ausstattung und der Einrichtung der Zentrale Maastricht auf das Unternehmen übertragen werden.

3. Gemäß Artikel 6 Absatz 1 (b) dieser Vereinbarung und unbeschadet der verbliebenen Beschlussfassungskompetenz der Kommission werden Beschlüsse über die Genehmigung von Investitionsplänen durch die Nationalen Vertragsparteien gefasst. Die Finanzierung der mit diesen Investitionen verbundenen Ausgaben erfolgt über einen Sonderanhang zum Haushalt der Organisation. Die Finanzierungsregeln sind in Teil I des als Anlage III zu dieser Vereinbarung aufgeführten Finanzprotokolls festgelegt.

Artikel 8

1. Die in Personalkosten, sonstige Betriebskosten, Abschreibungen, Kapitalkosten und außerordentliche Aufwendungen unterteilten Kosten der Organisation für die Zentrale Maastricht werden gemäß Teil II des als Anlage III zu dieser Vereinbarung aufgeführten Finanzprotokolls festgesetzt und in einen Sonderanhang zum Haushalt der Organisation eingestellt. Die Finanzierung dieses Anhangs erfolgt durch die Nationalen

- (d) donne au Directeur du Centre de Maastricht les directives nécessaires à l'accomplissement des tâches confiées au Centre de Maastricht, en particulier en ce qui concerne :

- (i) le concept opérationnel et technique ;
- (ii) l'organisation et la sectorisation de l'espace aérien ;
- (iii) les besoins en personnel ;
- (iv) la gestion quotidienne ;
- (v) les services et installations nécessaires à mettre à la disposition de l'Organisation conformément à l'Annexe II du présent Accord ;
- (vi) les plans d'urgence ;

- (e) approuve la nomination du Directeur du Centre de Maastricht ;

- (f) prend les mesures nécessaires dans l'exercice du pouvoir de tutelle pour l'accomplissement des tâches visées aux articles 3 et 4 du présent Accord ;

- (g) donne décharge au Directeur du Centre de Maastricht de sa gestion du budget du Centre de Maastricht.

2. Pour toutes les autres mesures relatives au Centre de Maastricht, les dispositions de la Convention amendée et celles de son Annexe 1, à l'exception des dispositions des 2^{ème}, 3^{ème} et 4^{ème} phrases du 1^{er} paragraphe de l'article 7 de la Convention amendée relatives aux procédures de prise de mesures en matière de tâches énumérées au 1^{er} paragraphe de l'article 2 de ladite Convention, s'appliquent par analogie. Les actes pris à la majorité simple ou pondérée doivent obtenir les deux tiers des suffrages exprimés sous réserve du vote favorable de l'unanimité des Parties contractantes nationales.

3. Les Parties contractantes nationales assument la responsabilité des conséquences, sur le Titre I du budget de l'Organisation, des décisions prises par l'Instance Décisionnelle de Maastricht sur la base des mesures et directives prises conformément au paragraphe 1 du présent article. L'Organisation prend toute mesure raisonnable afin de limiter l'incidence budgétaire de cette responsabilité pour les Parties contractantes nationales.

Article 7

1. Les investissements afférents aux installations du Centre de Maastricht, nécessaires à l'exécution des tâches dont l'Organisation est chargée en vertu du présent Accord, sont effectués par l'Organisation.

2. Dans le cas où l'Organisation procéderait à la création d'une entreprise conformément à l'article 2, paragraphe 2 du présent Accord, la propriété des bâtiments, équipements et installations du Centre de Maastricht peut être transférée vers cette entreprise.

3. Conformément à l'article 6, paragraphe 1 (b) du présent Accord et sans préjudice du pouvoir décisionnel résiduel de la Commission permanente, les décisions d'approbation des plans d'investissement appartiennent aux Parties contractantes nationales. Le financement des dépenses en capital relatives à ces investissements est assuré par une annexe spéciale au budget de l'Organisation. Les modalités de financement sont réglées au Titre 1 du Protocole financier de l'Annexe III au présent Accord.

Article 8

1. Les coûts – ventilés en dépenses de personnel, autres dépenses de fonctionnement, coûts d'amortissement, coût du capital et dépenses exceptionnelles – encourus par l'Organisation au titre du Centre de Maastricht sont établis en conformité des dispositions du Titre II du Protocole financier, objet de l'Annexe III au présent Accord, et inscrits à une annexe spéciale au budget de l'Organisation. Cette annexe est financée par les

Vertragsparteien nach einem zwischen ihnen zu vereinbarenden Verteilungsschlüssel.

2. Die Kosten für von der Zentrale Maastricht durchgeführte Tätigkeiten und bereitgestellte Expertise zum Nutzen der Organisation werden gemäß der agenturweiten Methode zur Kostenzuteilung, die für alle Unterstützungskosten der Agentur eingeführt wurde, den jeweiligen Einzelplänen des Agenturhaushalts zugewiesen.

Artikel 9

Das in der Zentrale Maastricht beschäftigte EUROCONTROL-Personal unterliegt den für das Personal der Organisation geltenden dienstrechtlichen Vorschriften.

Artikel 10

1. Sollte eine oder sollten mehrere der Nationalen Vertragsparteien es beantragen, so kann die Organisation durch die Zentrale Maastricht Unterstützung bei der Bereitstellung von Flugverkehrsdiensten leisten. Bei Störungen kann die Organisation auf Anfrage einer oder mehrerer Nationaler Vertragsparteien Flugverkehrsdienste im Luftraum der jeweiligen Nationalen Vertragspartei oder Vertragsparteien außerhalb der Grenzen gemäß Anlage I dieser Vereinbarung bereitstellen. Ebenso können die Nationalen Vertragsparteien auf Anfrage der Organisation Flugverkehrsdienste im Luftraum gemäß den in Anlage I dieser Vereinbarung festgelegten Grenzen bereitstellen.

2. Der Bereitstellung dieser Dienste muss ein Briefwechsel zwischen dem Generaldirektor der Agentur und einem ordnungsgemäß bevollmächtigten Vertreter der betreffenden Nationalen Vertragspartei oder Vertragsparteien vorangegangen sein. Die Dienste müssen gemäß den von den Nationalen Vertragsparteien genehmigten Notfallplänen bereitgestellt werden.

3. Der Generaldirektor der Agentur informiert die Mitgliedstaaten der Organisation, sobald Dienste gemäß diesem Artikel bereitgestellt werden.

4. Die Bereitstellung dieser Dienste muss auf Maßnahmen begrenzt bleiben, die für die Dauer der Störung erforderlich sind.

Artikel 11

1. Jede Nationale Vertragspartei haftet für alle Schäden, die aus den der Organisation nach Artikel 2 Absatz 3 und Anlage II dieser Vereinbarung bereitgestellten Diensten oder im Zusammenhang damit entstehen, soweit diese Schäden ihr zuzurechnen sind.

2. Außer in dem in Absatz 1 dieses Artikels vorgesehenen Fall stellt die Organisation die Nationalen Vertragsparteien frei von allen Ansprüchen aufgrund von Schäden, die als Folge von oder im Zusammenhang mit Dienstleistungen nach Artikel 1 Absatz 1, Artikel 2 Absatz 1 und Artikel 10 dieser Vereinbarung entstanden sind.

3. Die Organisation kann gemäß Artikel 25 Absatz 2 des geänderten Übereinkommens haftbar gemacht werden. Sie kann jedoch in den in Absatz 1 dieses Artikels, Artikel 4 Absätze 1, 2 und 3 und Artikel 6 Absatz 1 genannten Fällen für jegliche in dieser Hinsicht entstandene Schadensersatzpflicht Regressansprüche gegen die Nationalen Vertragsparteien anmelden.

4. Die Organisation kann in ihrem eigenen Namen eine Versicherung abschließen, um sich gegen alle oder einen Teil der im Rahmen dieser Vereinbarung eingegangenen Risiken einschließlich Verluste durch entgangene Einnahmen und insbesondere Risiken in folgendem Zusammenhang zu sichern:

(a) Haftung gegenüber Dritten (Fluggesellschaften, Benutzer, Fluggäste usw.),

Parties contractantes nationales suivant une clé de répartition à convenir entre elles.

2. Les coûts des activités exercées par le Centre de Maastricht au profit de l'Organisation et de l'expertise dont il fait bénéficier cette dernière sont imputés aux titres pertinents du budget de l'Agence conformément à la méthode de comptabilisation des coûts à l'échelle de l'Agence appliquée pour tous les coûts d'appui de l'Agence.

Article 9

Le personnel d'EUROCONTROL affecté au Centre de Maastricht est soumis aux dispositions relatives au personnel de l'Organisation.

Article 10

1. En cas de demande émanant d'une ou de plusieurs Partie(s) contractante(s) nationale(s), l'Organisation peut, par l'intermédiaire de son Centre de Maastricht, apporter une assistance pour la fourniture de services de la circulation aérienne. En cas de perturbation des services, l'Organisation peut, à la demande d'une ou de plusieurs Partie(s) contractante(s) nationale(s), fournir des services de la circulation aérienne dans l'espace aérien de ladite Partie contractante nationale ou desdites Parties contractantes nationales en dehors des limites fixées à l'Annexe I du présent Accord. De même, les Parties contractantes nationales peuvent, à la demande de l'Organisation, fournir des services de la circulation aérienne dans l'espace aérien délimité à l'Annexe I du présent Accord.

2. La fourniture de ces services doit être précédée d'un échange de lettres entre le Directeur Général de l'Agence et un représentant dûment habilité de la Partie contractante nationale concernée ou des Parties contractantes nationales concernées. Les services sont fournis conformément aux plans d'urgence approuvés par les Parties contractantes nationales.

3. Lorsque des services sont fournis conformément au présent article, le Directeur Général de l'Agence en informe les États membres de l'Organisation.

4. La fourniture de ces services se limite aux mesures nécessaires pendant la durée de la perturbation.

Article 11

1. Chaque Partie contractante nationale est responsable de tout dommage survenu par suite ou à l'occasion des services qu'elle fournit à l'Organisation conformément aux dispositions de l'article 2, paragraphe 3 ainsi que de l'Annexe II du présent Accord dans la mesure où ce dommage lui est imputable.

2. Sauf dans le cas prévu au paragraphe 1 du présent article, l'Organisation garantit les Parties contractantes nationales contre l'action qui résulte d'un dommage survenu par suite ou à l'occasion des services fournis conformément aux dispositions des articles 1, paragraphe 1, 2, paragraphe 1 et 10 du présent Accord.

3. La responsabilité de l'Organisation peut être mise en cause, conformément au paragraphe 2 de l'article 25 de la Convention amendée. Cependant, pour les cas visés au paragraphe 1 du présent article, aux paragraphes 1, 2 et 3 de l'article 4 ainsi qu'au paragraphe 1 de l'article 6, l'Organisation a un droit de recours contre les Parties contractantes nationales pour toute indemnisation due à ce titre.

4. L'Organisation peut contracter, en son nom, une assurance pour se couvrir de l'ensemble ou d'une partie des risques encourus dans le cadre du présent Accord y inclus le préjudice provenant de la perte de revenu et notamment des risques découlant :

(a) de la responsabilité envers les tiers (notamment les compagnies aériennes, usagers, voyageurs),

- (b) Haftung gegenüber Staaten,
(c) Beschädigung oder Verlust ihrer Einrichtungen.

Artikel 12

Die in den Anlagen enthaltenen Bestimmungen sind Bestandteil dieser Vereinbarung. Die Anlagen I, II und III dieser Vereinbarung können jedoch durch einen Briefwechsel zwischen den Nationalen Vertragsparteien und dem Generaldirektor der Agentur geändert werden, sofern diese Änderungen die Rechte und Pflichten der Organisation und der Nationalen Vertragsparteien aufgrund der Artikel 1 bis 15 dieser Vereinbarung nicht berühren. Der Generaldirektor der Agentur kann sämtliche Änderungen der Anlagen I, II und III dieser Vereinbarung im Namen der Organisation genehmigen, solange die Kommission rechtzeitig darüber informiert wird. Anlage IV dieser Vereinbarung kann durch einstimmigen Beschluss der Kommission geändert werden.

Artikel 13

Auf Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung dieser Vereinbarung oder ihrer Anlagen sind die Bestimmungen des Artikels 31 des geänderten Übereinkommens sinngemäß anzuwenden.

Artikel 14

1. Diese Vereinbarung bedarf der Ratifikation, der Annahme oder der Zustimmung.
2. Die Ratifikations-, Annahme- oder Zustimmungsurkunden sind bei der Regierung des Königreichs Belgien zu hinterlegen.
3. Diese Vereinbarung tritt in Kraft, nachdem die letzte der Nationalen Vertragsparteien ihre Ratifikations-, Annahme- oder Zustimmungsurkunde hinterlegt hat.
4. Durch ihre Unterschrift wird die Organisation Vertragspartei dieser Vereinbarung.
5. Die Regierung des Königreichs Belgien notifiziert den Regierungen der anderen Mitgliedstaaten der Organisation und der Organisation selbst jede Hinterlegung der Ratifikations-, Annahme- oder Zustimmungsurkunden durch eine nationale Vertragspartei sowie den Tag des Inkrafttretens dieser Vereinbarung.
6. Die Regierung des Königreichs Belgien lässt diese Vereinbarung beim Generalsekretär der Vereinten Nationen nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen und beim Rat der ICAO nach Artikel 83 des am 7. Dezember 1944 in Chicago unterzeichneten Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt registrieren.

Artikel 15

1. Diese Vereinbarung bleibt in Kraft, bis die Organisation ihre Tätigkeiten für Maastricht aufgrund Kündigung nach Absatz 3 dieses Artikels oder während ihrer Liquidation nach Absatz 2 dieses Artikels einstellt.
2. Wird das geänderte Übereinkommen nach den in seinem Artikel 35 Absatz 2 vorgesehenen Bedingungen beendet, so ist die Organisation im Rahmen des Artikels 35 Absatz 3 des geänderten Übereinkommens verpflichtet, den Betrieb der Zentrale Maastricht gemäß dieser Vereinbarung noch so lange weiter sicherzustellen, bis die Nationalen Vertragsparteien, spätestens innerhalb einer Frist von 4 Jahren, die erforderlichen Alternativen haben schaffen können.
3. Eine Nationale Vertragspartei oder die Organisation kann jedoch unbeschadet der Regelung nach Absatz 2 dieses Artikels jederzeit nach Ablauf von 4 Jahren nach Inkrafttreten ihre Absicht bekunden, diese Vereinbarung zu beenden. Diese Absicht wird

- (b) de la responsabilité vis-à-vis d'États,
(c) de l'endommagement ou de la perte de ses installations.

Article 12

Les dispositions énoncées dans les Annexes du présent Accord font partie intégrante de celui-ci. Les Annexes I, II et III du présent Accord peuvent cependant faire l'objet de modifications par échange de lettres entre les Parties contractantes nationales et le Directeur Général de l'Agence, pour autant que ces modifications n'affectent pas les droits et obligations de l'Organisation et des Parties contractantes nationales en vertu des articles 1 à 15 du présent Accord. Le Directeur Général de l'Agence approuve toute modification apportée aux Annexes I, II et III du présent Accord au nom de l'Organisation pour autant qu'il en informe la Commission permanente bien à l'avance. L'Annexe IV du présent Accord peut faire l'objet de modifications par décision unanime de la Commission.

Article 13

Tout différend qui pourra naître quant à l'interprétation ou l'application du présent Accord ou de ses Annexes relève mutatis mutandis des dispositions de l'article 31 de la Convention amendée.

Article 14

1. Le présent Accord sera soumis à ratification, acceptation ou approbation.
2. Les instruments de ratification, d'acceptation ou d'approbation seront déposés auprès du Gouvernement du Royaume de Belgique.
3. Le présent Accord entrera en vigueur après le dépôt de l'instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation de la Partie contractante nationale procédant la dernière à cette formalité.
4. Par sa signature l'Organisation devient partie au présent Accord.
5. Le Gouvernement du Royaume de Belgique notifiera aux Gouvernements des autres États membres de l'Organisation et à l'Organisation elle-même, tout dépôt d'instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation par les Parties contractantes nationales ainsi que la date d'entrée en vigueur du présent Accord.
6. Le Gouvernement du Royaume de Belgique fera enregistrer le présent Accord auprès du Secrétaire Général des Nations Unies, conformément à l'article 102 de la Charte des Nations Unies, et auprès du Conseil de l'OACI, conformément à l'article 83 de la Convention relative à l'Aviation civile internationale signée à Chicago le 7 décembre 1944.

Article 15

1. Le présent Accord reste en vigueur jusqu'à ce que l'Organisation arrête toute activité au titre du Centre de Maastricht en raison soit d'une résiliation au sens du paragraphe 3 du présent Article, soit de la liquidation de l'Organisation au sens du paragraphe 2 du présent Article.
2. S'il est mis fin à la Convention amendée dans les conditions prévues à l'article 35.2 de celle-ci, l'Organisation est tenue, en application de l'article 35.3 de la Convention amendée, de maintenir l'exploitation du Centre de Maastricht conformément aux dispositions du présent Accord jusqu'à ce que les Parties contractantes nationales aient mis en œuvre une solution de remplacement au plus tard dans un délai de quatre ans.
3. Toutefois, mais sans préjudice de l'application du paragraphe 2 ci-dessus, l'une quelconque des Parties contractantes nationales ou l'Organisation peuvent manifester leur intention de mettre fin au présent Accord à tout moment à l'expiration d'un

der Regierung des Königreichs Belgien und von dieser den anderen Vertragsparteien notifiziert. Die Beendigung dieser Vereinbarung wird nach Ablauf von 6 Jahren ab dem Datum des Empfangs dieser Notifikation durch die Regierung des Königreichs Belgien wirksam.

4. Die Partei, die nach Absatz 3 dieses Artikels die Beendigung der Vereinbarung wünscht, trägt die sich hieraus ergebenden Folgekosten.

Zu Urkund dessen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten nach Vorlage ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten diese Vereinbarung unterschrieben.

Geschehen zu Brüssel am 25. November 1986, in deutscher, englischer, französischer niederländischer und portugiesischer Sprache in einer Urschrift, die im Archiv der Regierung des Königreichs Belgien hinterlegt wird; diese übermittelt den Regierungen der anderen Mitgliedstaaten der Organisation und der Organisation selbst eine beglaubigte Abschrift. Bei Abweichungen zwischen den Fassungen ist der Wortlaut in französischer Sprache maßgebend.

délai de quatre ans à compter de son entrée en vigueur. Cette intention de mettre fin à l'Accord est notifiée au Gouvernement du Royaume de Belgique qui la notifie aux autres parties contractantes. Cette décision de mettre fin à l'Accord prend effet à l'expiration d'un délai de 6 ans à compter de la date de réception par le Gouvernement du Royaume de Belgique de cette notification.

4. La partie ayant demandé à mettre fin à l'Accord dans les conditions prévues au paragraphe 3 ci-dessus prend à sa charge les coûts qui en résulteront.

En foi de quoi les Plénipotentiaires soussignés, après présentation de leurs pleins pouvoirs qui ont été reconnus en bonne et due forme, ont signé le présent Accord.

Fait à Bruxelles, le 25 novembre 1986, en langues allemande, anglaise, française, néerlandaise et portugaise, en un seul exemplaire qui restera déposé aux archives du Gouvernement du Royaume de Belgique qui en communiquera copie certifiée conforme aux Gouvernements des autres États membres de l'Organisation et à l'Organisation elle-même. Le texte en langue française fera foi en cas de divergence entre les textes.

Anlage I**Ausdehnung des Luftraums, für den die Organisation Flugsicherungs-Streckeneinrichtungen und -dienste bereitstellt**

Die Ausdehnung des Luftraums, für den die Nationalen Vertragsparteien die Organisation mit der Bereitstellung und dem Betrieb von Flugsicherungs-Streckeneinrichtungen und -diensten beauftragen, wird wie folgt festgelegt:

Nationale Vertragsparteien	Horizontale Ausdehnung	Vertikale Ausdehnung
Bundesrepublik Deutschland	Der in den horizontalen Grenzen des oberen Fluginformationsgebietes Hannover gelegene Luftraum.	Oberhalb Flugfläche 245.
Königreich Belgien	Der in den horizontalen Grenzen des oberen Fluginformationsgebietes Brüssel gelegene Luftraum.	Oberhalb Flugfläche 245 ⁽¹⁾ .
Großherzogtum Luxemburg		
Königreich der Niederlande	Der in den horizontalen Grenzen des oberen Fluginformationsgebietes Amsterdam gelegene Luftraum.	Oberhalb Flugfläche 245 ausgenommen der Teil des Fluginformationsgebiets südlich der Linie zwischen den Punkten 51°42'20" N - 02°10'15" O und 51°38'04" N - 02°30' O; Oberhalb Flugfläche 245 ⁽¹⁾ soweit es das Gebiets südlich der Linie zwischen den Punkten 51°38'04" N - 02°30' O und 51°16'15" N - 04°06'30" O betrifft.

⁽¹⁾ Vorübergehend wird dieser Luftraum bis zum Tag der Inbetriebnahme der neuen Einrichtungen der Bezirkskontrollzentrale Brüssel auf den bei Flugfläche 200 beginnenden und darüberliegenden Luftraum erweitert.

Annexe I

**Configuration de l'espace aérien pour lequel l'Organisation fournit les installations
et exploite les services de circulation aérienne de route**

La configuration de l'espace aérien pour lequel les Parties contractantes nationales chargent l'Organisation de fournir les installations et d'exploiter les services de circulation aérienne de route est déterminée de la manière suivante :

Parties contractantes nationales	Limites latérales	Limites verticales
République fédérale d'Allemagne	L'espace aérien compris à l'intérieur des limites latérales de la Région supérieure d'information de vol Hanovre.	L'espace aérien situé au-dessus du niveau de vol 245.
Royaume de Belgique	L'espace aérien compris à l'intérieur des limites latérales de la Région supérieure d'information de vol Bruxelles.	L'espace aérien situé au-dessus du niveau de vol 245 ⁽¹⁾ .
Grand-Duché de Luxembourg		
Royaume des Pays-Bas	L'espace aérien compris à l'intérieur des limites latérales de la Région d'information de vol Amsterdam.	Au-dessus du niveau de vol 245 à l'exception de la partie de ladite région située au sud de la ligne définie par les coordonnées 51°42'20" N - 02°10'15" E et 51°38'04" N - 02°30' E ; au-dessus du niveau de vol 245 ⁽¹⁾ dans la mesure où il s'agit de la zone située au sud de la ligne définie par les coordonnées 51°38'04" N - 02°30' E et 51°16'15" N - 04°06'30" E ⁽¹⁾ .

⁽¹⁾ À titre transitoire, cet espace est étendu à l'espace aérien situé au niveau de vol 200 et au-dessus jusqu'à la date de mise en service des nouvelles installations du Centre de contrôle régional de Bruxelles.

Anlage II

Sonderbestimmungen in Bezug auf die von den Nationalen Vertragsparteien der Organisation bereitzustellenden nationalen Einrichtungen und Dienste

Damit die Organisation die in Artikel 1 Absatz 1 und Artikel 2 Absatz 1 dieser Vereinbarung genannten Aufgaben erfüllen kann, stellen ihr die Nationalen Vertragsparteien zur Mitbenutzung unentgeltlich die nachstehend aufgeführten Anlagen, Geräte und Flugfunk- sowie Bodenfernmeldeeinrichtungen zur Verfügung. Außerdem stellen die Nationalen Vertragsparteien zur kostenlosen Benutzung durch die Organisation die für den Flugsicherungsbetrieb wesentlichen Einrichtungen und Dienste, z. B. Flugberatungsdienst, Wetterdienst und Navigationseinrichtungen zur Verfügung.

Bundesrepublik Deutschland

Radar

Radardaten ggfs. einschließlich Wetterdaten, von

- a) Bremen SRE-LL1;
- b) Boostedt SRE-LL1;
- c) Lüdenscheid SRE-LL1;
- d) Pfälzerwald SRE-LL1.

Fernmeldeeinrichtungen

- a) Sende- und Empfangsstationen in Brinkum und Habenhausen mit den erforderlichen Sendern und Empfängern;
- b) automatische Fernsprechvermittlung (A300) in Frankfurt;
- c) zentraler Kontrollstreifendruck (ZKSD) zur Übermittlung von ACT- und dazugehörigen Meldungen.

Einrichtungen zur Verkehrsflussregelung

LRNZ für Zwecke der Verkehrsflussregelung.

Königreich Belgien

Großherzogtum Luxemburg

Radar

- a) Aus dem SRE-M5-Radar und Sekundärradar in Bertem bezogene Radardaten.

Sonstige

- a) Über das Wetteramt Zaventem geleitete und von dort bezogene Wetterinformation.

Königreich der Niederlande

Radar

Vom Signaal/LAR und von Wetterradareinrichtungen in Leerdam ausgehende Radardaten einschließlich Wetterdaten.

Fernmeldeeinrichtungen

- a) Sende- und Empfangsstationen in Schiphol und Eelde, zusammen mit den erforderlichen Sendern und Empfängern.

Sonstige

- a) Aus dem SARP-System bezogene Daten für Zwecke der zivil/militärischen Verbindung.

Annexe II

Dispositions spéciales relatives aux installations et services nationaux que les Parties contractantes nationales doivent mettre à la disposition de l'Organisation

Pour permettre à l'Organisation d'assumer ses compétences mentionnées aux articles 1.1 et 2.1 du présent Accord, les Parties contractantes nationales mettent à sa disposition, pour utilisation conjointe et à titre gracieux, les installations, équipements et liaisons air / sol et sol / sol énumérés ci-après. En outre, elles mettent à sa disposition, à titre gracieux, les installations et services indispensables à l'exploitation des services de la circulation aérienne (AIS, informations météorologiques et installations de navigation) :

République fédérale d'Allemagne

Radar

Données radar avec, le cas échéant, informations météorologiques émanant des stations suivantes :

- a) SRE-LL1 de Bremen ;
- b) SRE-LL1 de Boostedt ;
- c) SRE-LL1 de Lüdenscheid ;
- d) SRE-LL1 de Pfälzerwald ;

Télécommunications

- a) Stations émettrices et réceptrices de Brinkum et Habenhausen, avec équipements nécessaires d'émission et de réception ;
- b) Centre de commutation du RSFTA à Francfort (A 300) ;
- c) Système central d'impression de bandes de progression de vol (ZKSD) pour la transmission des messages ACT et des messages connexes.

Installations de régulation du débit de circulation

LRNZ aux fins GCTA.

Royaume de Belgique

Grand-Duché de Luxembourg

Radar

- a) Données émanant des radars SRE-M5 et secondaire de Bertem.

Divers

- a) Informations météorologiques relayées via le Centre météorologique de Zaventem ou émanant de ce Centre.

Royaume des Pays-Bas

Radar

Données radar, avec informations météorologiques émanant de Signaal/LAR et des stations radar météo de Leerdam.

Télécommunications

- a) Stations émettrices et réceptrices de Schiphol et Eelde, avec équipements nécessaires d'émission et de réception.

Divers

- a) Données émanant du système SARP, pour liaisons civiles/militaires.

Anlage III

**Finanzprotokoll
über die Aufstellung und Finanzierung
der Gliederung des Haushalts der Organisation,
die die Ausgaben für die Zentrale Maastricht betreffen**

Teil I: Kapitalaufwendungen in Bezug auf Investitionen

Artikel 1

Die Kapitalaufwendungen in Bezug auf Investitionen für die Zentrale Maastricht werden aus einem Sonderanhang (innerhalb von Einzelplan III des Haushalts der Agentur) finanziert.

Artikel 2

Die Kapitalaufwendungen in Bezug auf Investitionen zu Lasten dieses Sonderanhangs werden durch Bankdarlehen oder andere von der Organisation zur Verfügung gestellte Mittel finanziert.

Teil II: Betriebsausgaben

Artikel 3

Betriebsausgaben für die Zentrale Maastricht werden über einen Sonderanhang innerhalb von Einzelplan III des Haushalts der Organisation finanziert, der von demjenigen für Investitionsausgaben getrennt ist.

Artikel 4

1. Die Betriebsausgaben zu Lasten dieses Sonderanhangs werden durch direkte Beiträge der Nationalen Vertragsparteien für die Kontrolle des allgemeinen Flugverkehrs, die nach einem zwischen ihnen zu vereinbarenden Verteilungsschlüssel festgelegt werden, sowie gegebenenfalls durch Sonderbeiträge der betreffenden Nationalen Vertragsparteien für den militärischen Anteil an den Betriebskosten ausgeglichen.

2. Dieser Verteilungsschlüssel sowie spätere Änderungen sind von den Nationalen Vertragsparteien der Organisation mitzuteilen.

Artikel 5

In diesen Sonderanhang sind ausreichende Mittel zur Deckung aller Kosten einzustellen, die zur Gewährleistung des sicheren Betriebs der Zentrale Maastricht erforderlich sind, insbesondere

- (a) die Brutto-Dienstbezüge, einschließlich der Zulagen und Vergütungen des gesamten Personals in der Zentrale Maastricht;
- (b) Ausgaben für die Ausbildung des Personals der Zentrale Maastricht entsprechend der geltenden Regelung;
- (c) alle Zahlungen, die als Folge eines auf die alleinige Veranlassung der Nationalen Vertragsparteien gefassten Beschlusses im Falle des Ausscheidens aus dem aktiven Dienst zu leisten sind;
- (d) den Arbeitgeberanteil an den Vorsorgekosten für das Personal der Zentrale Maastricht gemäß Artikel 6 dieser Anlage und den entsprechenden Teil der Verpflichtungen aus zurückliegenden Dienstzeiten für Versorgungsansprüche des Personals der Zentrale Maastricht, einschließlich der Verpflichtungen aus zurückliegenden Dienstzeiten gegenüber Personal aus dem operativen Bereich der Lohngruppe O;
- (e) Kosten für Unterstützungsdienste, die der Zentrale Maastricht bereitgestellt werden;
- (f) die Kosten aller Versicherungen, die die Organisation zur Abdeckung aller oder einiger Risiken abschließt, die sich aus dieser Vereinbarung ergeben;
- (g) die Kosten für Ausgleichszahlungen der Organisation für nationale Steuern, die auf Versorgungsbezüge von ehemals in der Zentrale Maastricht beschäftigtem Personal erhoben

Annexe III

**Protocole financier
relatif à l'établissement et au financement
des parties du budget de l'Organisation
concernant les dépenses du Centre de Maastricht**

Titre I : Dépenses en capital relatives aux investissements

Article premier

Les dépenses en capital relatives aux investissements au titre du Centre de Maastricht sont portées à une Annexe spéciale du Titre III du budget de l'Organisation.

Article 2

Les dépenses en capital relatives aux investissements portées à cette Annexe spéciale sont financées par des emprunts bancaires ou tout autre moyen fourni par l'Organisation.

Titre II : Dépenses de fonctionnement

Article 3

Les dépenses de fonctionnement au titre du Centre de Maastricht sont portées à une Annexe spéciale du Titre III du budget de l'Organisation, distincte de celle concernant les dépenses d'investissement.

Article 4

1. Les dépenses de fonctionnement portées à cette Annexe spéciale sont équilibrées par des contributions directes des Parties contractantes nationales relatives au contrôle de la circulation aérienne générale, établies selon une clé de répartition à convenir entre elles, et, le cas échéant, par des contributions particulières des Parties contractantes nationales concernées pour la partie militaire des frais de fonctionnement.

2. La clé de répartition ainsi que toute modification ultérieure qui y sera apportée seront communiquées à l'Organisation par les Parties contractantes nationales.

Article 5

À cette Annexe spéciale sont prévus des crédits suffisants pour couvrir tous les coûts permettant d'assurer la bonne exploitation du Centre de Maastricht, et notamment:

- (a) les traitements, indemnités et allocations bruts de l'ensemble du personnel du Centre de Maastricht ;
- (b) les dépenses au titre de la formation du personnel du Centre de Maastricht en application de la réglementation en vigueur ;
- (c) toutes dépenses de fin de service payables par suite d'une décision prise à la seule initiative des Parties contractantes nationales ;
- (d) la part « employeur » du coût des pensions du personnel du Centre de Maastricht, définie à l'article 6 de la présente Annexe et la partie pertinente des obligations contractées pour les services passés relative aux droits à pension acquis par le personnel du Centre de Maastricht, y compris les obligations contractées pour les services passés concernant le personnel opérationnel relevant de la structure de grade « O » ;
- (e) le coût des services d'appui fournis au Centre de Maastricht ;
- (f) le coût de toutes les assurances contractées par l'Organisation pour couvrir l'ensemble ou une partie des risques encourus en rapport avec le présent Accord ;
- (g) les coûts relatifs à la compensation versée par l'Organisation pour l'impôt national perçu sur les pensions des membres retraités du personnel affecté au Centre de Maastricht et qui

werden, das eine Altersversorgung oder Invaliditätsunterstützung von der Organisation erhält, sowie Zahlungen an Begünstigte, die Versorgungsbezüge gemäß Artikel 79 oder 80 des Personalstatuts für Beamte der EUROCONTROL Agentur und den Allgemeinen Beschäftigungsbedingungen für Beamte der Zentrale Maastricht erhalten, und zwar anteilmäßig entsprechend den Zeiträumen, in denen das betroffene Personal in der Zentrale Maastricht im Verhältnis zu seiner gesamten Dienstzeit bei der Agentur beschäftigt war;

- (h) die Kosten für Nebenleistungen, die von der Organisation an Versorgungsempfänger gezahlt werden, die ehemals in der Zentrale Maastricht beschäftigt waren und eine Altersversorgung oder Invaliditätsunterstützung von der Organisation erhalten, sowie Zahlungen an Begünstigte, die Versorgungsbezüge gemäß Artikel 79 oder 80 des Personalstatuts für Beamte der EUROCONTROL Agentur und den Allgemeinen Beschäftigungsbedingungen für Beamte der Zentrale Maastricht erhalten, und zwar anteilmäßig entsprechend den Zeiträumen, in denen das betroffene Personal in der Zentrale Maastricht im Verhältnis zu seiner gesamten Dienstzeit bei der Agentur beschäftigt war;
- (i) andere Betriebskosten einschließlich Kosten für die Beschaffung von Waren und Dienstleistungen, insbesondere externe Dienstleistungen und externes Personal, Material-, Energie- und Versorgungskosten, Mietkosten, Ausgaben für Ausrüstungen und Einrichtungen sowie Instandhaltungs-, und Reisekosten;
- (j) Abschreibungen;
- (k) Kapitalkosten.

Artikel 6

Die Kosten der in einem gegebenen Jahr erworbenen Versorgungsansprüche umfassen den in den statutarischen Bestimmungen der Organisation festgelegten Arbeitnehmeranteil der Versorgungsbeiträge (der, wie beim gesamten Personal, in den Bruttogehältern eingeschlossen ist) und den Arbeitgeberanteil in doppelter Höhe des Arbeitnehmeranteils. Die Arbeitgeberbeiträge werden als Ausgaben in den Sonderanhang eingesetzt.

Teil III: Aufteilung der Kosten

Artikel 7

1. Die Nationalen Vertragsparteien vereinbaren, in ihre jährliche Kostengrundlage für Flugsicherungs-Streckengebühren einen Betrag aufzunehmen, der der jährlichen Amortisation und den auf die Kapitalaufwendungen für die vereinbarten Investitionen entfallenden Zinsen in der Zentrale Maastricht entspricht, und diese Beträge unter sich im Verhältnis des Flugverkehrskontrollpersonals aufzuteilen, das in den für den Luftraum der einzelnen Vertragsparteien bestimmten Kontrollsektoren beschäftigt ist, wobei der Luftraum des Königreichs Belgien und des Großherzogtums Luxemburg als eine Einheit betrachtet wird.

2. Die Nationalen Vertragsparteien vereinbaren, die Betriebskosten für die Kontrolle des allgemeinen Flugverkehrs in der Zentrale Maastricht nach dem gleichen Verteilungsschlüssel aufzuteilen, wie er in Absatz 1 beschrieben ist.

3. Die Anteile, die sich aus dem Verteilungsschlüssel nach den Absätzen 1 und 2 dieses Artikels ergeben, werden alljährlich nach dem Stand vom 1. Januar des jeweiligen Haushaltsjahres ermittelt und vom Maastrichter Beschlussfassungsgremium im Rahmen des in Artikel 6 Absatz 1 (c) dieser Vereinbarung genannten Haushaltsverfahrens festgesetzt.

4. Die gemäß den Absätzen 1 und 2 dieses Artikels auf das Königreich Belgien und das Großherzogtum Luxemburg als eine Einheit entfallenden Kostenanteile werden wie folgt zwischen den beiden Staaten aufgeteilt:

Königreich Belgien: 97 %

Großherzogtum Luxemburg: 3 %.

bénéficient d'une pension de retraite ou d'une allocation d'invalidité de l'Organisation ainsi que des personnes bénéficiant d'une pension accordée conformément aux articles 79 ou 80 du Statut administratif du personnel permanent de l'Agence EUROCONTROL et des Conditions générales d'emploi des agents du Centre EUROCONTROL à Maastricht au prorata de la période pendant laquelle les membres du personnel concernés ont été affectés à un poste au Centre de Maastricht par rapport à la durée totale de leur carrière à l'Agence ;

- (h) les coûts relatifs aux prestations accessoires versées par l'Organisation aux membres retraités du personnel affecté au Centre de Maastricht et qui bénéficient d'une pension de retraite ou d'une allocation d'invalidité de l'Organisation ainsi que des personnes bénéficiant d'une pension accordée conformément aux articles 79 ou 80 du Statut administratif du personnel permanent de l'Agence EUROCONTROL et des Conditions générales d'emploi des agents du Centre EUROCONTROL à Maastricht au prorata de la période pendant laquelle les membres du personnel concernés ont été affectés à un poste au Centre de Maastricht par rapport à la durée totale de leur carrière à l'Agence ;
- (i) les autres dépenses de fonctionnement comprenant les coûts exposés pour l'achat de biens et de services, notamment les services externalisés, le personnel extérieur, le matériel, l'énergie, les services collectifs, les loyers, les équipements et les installations, l'entretien et les frais de déplacement ;
- (j) le coût d'amortissement ;
- (k) le coût du capital.

Article 6

Le coût des droits à pension acquis pour une année est constitué de la part « employé » telle que définie dans les statuts du personnel de l'Organisation (comprise dans le traitement brut comme pour l'ensemble du personnel) et la part « employeur » représentant le double de la part « employé ». La part « employeur » figure en dépense à l'Annexe spéciale.

Titre III : Répartition des coûts

Article 7

1. Les Parties contractantes nationales conviennent d'inclure dans leurs assiettes annuelles de redevances de route un montant équivalent à l'amortissement annuel et aux intérêts sur les dépenses en capital correspondant aux investissements consentis au Centre de contrôle régional de Maastricht, et de répartir entre elles ces montants au prorata des personnels de contrôle de la circulation aérienne affectés aux secteurs de contrôle desservant leur espace aérien, étant entendu que les espaces aériens du Royaume de Belgique et du Grand-Duché de Luxembourg sont considérés comme un tout.

2. Les Parties contractantes nationales conviennent de répartir entre elles selon la formule définie au paragraphe précédent, les coûts d'exploitation au titre du contrôle de la circulation aérienne générale au Centre de contrôle régional de Maastricht.

3. Les quotes-parts résultant de l'application de la clé de répartition visée aux paragraphes 1 et 2 ci-dessus seront établies annuellement en fonction de la situation prévalant au 1^{er} janvier de l'exercice budgétaire correspondant et arrêtées par l'Instance Décisionnelle de Maastricht dans le cadre de l'estimation budgétaire visée à l'article 6.1 (c) du présent Accord.

4. Les quotes-parts incombant au Royaume de Belgique et au Grand-Duché de Luxembourg en vertu des paragraphes 1 et 2 ci-dessus, considérés comme un tout, sont réparties entre ces États comme suit :

Royaume de Belgique: 97 %

Grand-Duché de Luxembourg: 3 %.

Anlage IV**Einziger Artikel**

Für den Zeitraum von 2019 bis 2025 werden die jährlichen Kosten, die für die Zentrale Maastricht hinsichtlich der Kostenpunkte aus Artikel 5 Absatz 1 Buchstaben g und h der Anlage III (Ausgleichszahlungen für Steuern und Nebenleistungen) in den Sonderanhang zum Haushalt der Organisation aufzunehmen sind, entsprechend folgender Prozentsätze der Gesamtkosten dieser Posten festgesetzt:

2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
40 %	60 %	80 %	100 %	100 %	100 %	100 %
7,5 Mio. €	11,9 Mio. €	13,9 Mio. €	17,0 Mio. €	18,2 Mio. €	19,2 Mio. €	20,3 Mio. €

Die Beträge sind Richtwerte, die auf dem Geschäftsplan der Agentur von 2016 basieren; sie werden jährlich anhand der neuesten von der Agentur für die Erstellung des Haushalts der jeweiligen Jahre verwendeten Prognose festgesetzt.

Annexe IV**Article unique**

Pour la période 2019 à 2025, les coûts annuels à inclure dans l'Annexe spéciale au budget de l'Organisation pour le Centre de Maastricht en ce qui concerne les éléments de coût mentionnés à l'article 5, paragraphe 1 (g) et (h) de l'Annexe III (compensation fiscale et prestations accessoires) sont déterminés conformément aux pourcentages suivants du total de ces éléments de coût :

2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
40 %	60 %	80 %	100 %	100 %	100 %	100 %
7,5 Mio EUR	11,9 Mio EUR	13,9 Mio EUR	17,0 Mio EUR	18,2 Mio EUR	19,2 Mio EUR	20,3 Mio EUR

Les montants, qui sont fondés sur le plan stratégique de l'Agence pour 2016, sont indicatifs et sont définis annuellement sur la base des dernières prévisions utilisées par l'Agence aux fins de l'élaboration du budget des exercices considérés.

Denkschrift

I. Im Allgemeinen

1. Vorgeschichte und aktuelle Situation

Die Vereinbarung über die Bereitstellung und den Betrieb von Flugsicherungseinrichtungen und -diensten durch EUROCONTROL in der Bezirkskontrollzentrale Maastricht („Maastricht Vereinbarung“) wurde am 25. November 1986 von Belgien, Deutschland, Luxemburg und den Niederlanden (vier Staaten) unterzeichnet (BGBl. 1989 II S. 666, 667). Die Vereinbarung ist in einer Urschrift in deutscher, englischer, französischer, niederländischer und portugiesischer Sprache abgefasst, wobei der französische Wortlaut bei unterschiedlicher Auslegung maßgebend ist.

Während die Vereinbarung vorsieht, dass die vier Staaten hinsichtlich des Luftraums über ihrem Hoheitsgebiet (und hinsichtlich bezeichneten Teilen über der offenen See) ihre regulatorischen Zuständigkeiten und Verpflichtungen beibehalten, ist EUROCONTROL mit der Bereitstellung und dem Betrieb von Flugsicherungs-Streckeneinrichtungen und -diensten durch die Zentrale Maastricht (Oberer Luftraum) (im Folgenden „MUAC“) für Flüge oberhalb Flugfläche 245 (ca. 7 500 m Höhe) in der Upper Flight Information Region (UIR) Hannover, UIR Brüssel und der Flight Information Region Amsterdam beauftragt. Auch sieht die Maastricht Vereinbarung vor, dass die Investitions- und Betriebskosten der MUAC von den vier Staaten getragen werden, wohingegen alle anderen Kosten, wie zum Beispiel die Kosten für die Unterstützung durch andere Dienste der Agentur und sonstige Unterstützungskosten von EUROCONTROL getragen würden, d. h. von allen EUROCONTROL-Mitgliedstaaten.

Gemäß Artikel 6 (alt) der Maastricht Vereinbarung müssen die vier Staaten „gemeinsame Arbeitsverfahren“ festlegen, um die Beschlussfassung betreffend der MUAC zu vereinfachen. Aus diesem Grund haben die vier Staaten eine getrennte Vereinbarung zur Durchführung von Artikel 6 der Maastricht Vereinbarung geschlossen, in deren Rahmen sie eine „Koordinierungsgruppe Maastricht“ („MCG“) als ein Gremium der vier Staaten eingesetzt haben, um einen gemeinsamen Standpunkt der vier Staaten bei Fragen betreffend der MUAC festzulegen. Als ein von den vier Staaten geschaffenes Gremium ist die MCG kein Entscheidungsgremium oder -organ von EUROCONTROL, auch sind Beschlüsse der MCG nur für die vier Staaten im Verhältnis zueinander verbindlich. Jedoch hat ein gemeinsamer Standpunkt der vier Staaten durch die MCG in den verschiedenen Bereichen, für die sie zuständig ist, die anderen EUROCONTROL-Mitgliedstaaten traditionell stark beeinflusst.

Die anfängliche Absicht bei der Schaffung der Kontrollzentrale Maastricht für den Oberen Luftraum im Jahr 1986 bestand darin, die anderen EUROCONTROL-Mitgliedstaaten dafür zu gewinnen, sich den vier Staaten in der MUAC anzuschließen. Hierzu ist es nie gekommen, und seit 1986 haben die vier Staaten als einzige Staaten die Bereitstellung und den Betrieb von Flugsicherungs-Streckeneinrichtungen und -diensten über ihrem Hoheitsgebiet der MUAC übertragen. Die Kosten für die Tätigkeiten der MUAC werden seit 1986 auf die vier Staaten (Investitions- und Betriebskosten) und alle EUROCONTROL-Mitglieder (Unterstützungskosten) aufgeteilt.

Nach den in den letzten Jahren erfolgten Diskussionen über die Umlage der für die MUAC anfallenden (Unterstützungs-) Kosten hat die Agentur diese Frage auf der 42. Sitzung des Vorläufigen Rates von EUROCONTROL (PC) im Dezember 2014 zur Sprache gebracht. Im Anschluss an die Gespräche stimmte der Vorläufige Rat von EUROCONTROL zu, die Agentur mit der Einrichtung einer Task Force zur Kostenverteilung für die MUAC (MCA-TF) zu betrauen, die sich mit der Frage der Unterstützungskosten der MUAC befassen soll. Deren Schlussbericht wurde dem PC im Dezember 2015 überreicht. Es folgte durch EUROCONTROL die Annahme der Beschlüsse Nr. 128 und 129 der Ständigen Kommission (CN) über die Kostenverteilung für die MUAC beziehungsweise über die Beschlussfassung hinsichtlich der MUAC und das Mandat des MUAC-Direktors für die Organisation von Unterstützungsdiensten. Diese beiden Beschlüsse der CN wurden durch eine Erklärung der vier Staaten vom 19. April 2016 zu den Ausgleichszahlungen für die nationale Besteuerung von Versorgungsleistungen und den Kosten der von der Agentur der MUAC bereitgestellten Unterstützung ergänzt.

Die beiden Beschlüsse der CN und die ergänzende Erklärung der vier Staaten sind derzeit in Kraft. Sie gelten jedoch nur temporär und machen eine Änderung der Maastricht Vereinbarung erforderlich, um eine verlässliche und dauerhafte Umsetzung der verschiedenen Bestandteile der beiden CN-Beschlüsse und der Erklärung der vier Staaten zu ermöglichen.

Der Wortlaut der Änderungen der Maastricht Vereinbarung ist bereits von den EUROCONTROL-Mitgliedstaaten durch die CN-Maßnahme Nr. 17/231 vom 1. Dezember 2017 angenommen worden, mit der der Generaldirektor der Agentur beauftragt wurde, die vorgenannte Vereinbarung – sobald diese zur Unterzeichnung ausliegt – im Namen von EUROCONTROL zu unterzeichnen.

Deutschland hat als letzter Staat die Änderungsvereinbarung vom 17. Dezember 2020 unterzeichnet. Damit sie in Kraft treten und wirksam werden kann, muss sie noch ratifiziert werden.

2. Gründe für eine Änderung der Vereinbarung von Maastricht von 1986

Die Änderungen der Maastricht Vereinbarung setzen in verlässlicher, dauerhafter und ausgewogener Weise die Ziele um, für die sich die EUROCONTROL-Mitgliedstaaten mit den CN-Beschlüssen Nr. 128 und Nr. 129 und der Erklärung der vier Staaten intensiv eingesetzt haben. Dieses Gleichgewicht zwischen den Interessen der Nicht-MUAC-Staaten und den MUAC-Staaten beinhaltet die Übertragung von Ausgaben aus Teil I (gemeinsamer Haushalt) in Teil III (MUAC-Haushalt, von den vier Staaten finanziert) des EUROCONTROL-Haushalts und damit die Beschlussfassungsbefugnisse der MUAC-Staaten und die dem Direktor der MUAC gewährte Freiheit in Fragen der Geschäftsführung.

Jedoch bleibt der Entscheidungsspielraum für die vier Staaten durch ein neues „Beschlussfassungsgremium Maastricht“ auf die Angelegenheiten beschränkt, auf die in Artikel 6 Absatz 1 des geänderten Übereinkommens Bezug genommen wird, da den vier Staaten andere Zuständigkeiten nur nach Änderung des EUROCONTROL-

Übereinkommens gewährt werden könnten. Es wurde allerdings auf politischer Ebene vereinbart, dass sich die in den CN-Beschlüssen Nr. 128 und Nr. 129 geforderten Änderungen der Rechtsinstrumente auf eine Änderung der Maastricht Vereinbarung konzentrieren sollten, wobei eine Änderung des EUROCONTROL-Übereinkommens ausgeklammert wird.

3. Temporäre Maßnahmen

Die beiden CN-Beschlüsse Nr. 128 und Nr. 129 sowie die ergänzende Erklärung der vier Staaten vom 19. April 2016 sind gegenwärtig in Kraft, allerdings nur vorläufig. Darin wird gefordert, dass die entsprechenden Rechtsinstrumente – im Wesentlichen die Maastricht Vereinbarung – geändert werden, damit die verschiedenen Elemente der beiden CN-Beschlüsse und der Erklärung der vier Staaten zur Kostenverteilung auf einer verlässlichen und dauerhaften Grundlage umgesetzt werden können.

Die beiden CN-Beschlüsse sahen vor, dass die Agentur die Zustimmung der CN zu den Änderungen der Maastricht Vereinbarung bis Ende 2017 einholt, damit diese bis zum 31. Dezember 2019 in Kraft treten können. Die Zustimmung der CN erfolgte rechtzeitig im Dezember 2017. Die CN-Beschlüsse sahen weiter ein Inkrafttreten der Änderungen der Maastricht Vereinbarung bis zum 31. Dezember 2019 vor. Diese Frist wurde bis zum 31. Dezember 2021 verlängert.

4. Änderungen der Maastricht Vereinbarung

Angesichts der komplexen Diskussionen in der MUAC Cost Allocation Task Force (MCA-TF) und im Hinblick auf eine Vereinfachung der Einigung auf einen neuen Text wird bei der Änderung der Maastricht Vereinbarung ein progressiver Ansatz verfolgt, bei dem die Bestimmungen in die bestehende Struktur der Maastricht Vereinbarung eingebettet und Änderungen des Wortlauts auf das für die Durchführung der CN-Beschlüsse notwendige Maß beschränkt werden. Die Änderungen sollen die Bestimmungen der CN-Beschlüsse Nr. 128 und Nr. 129 und die Erklärung der vier Staaten widerspiegeln und umsetzen. Zusätzlich wurden einige Änderungen vorgeschlagen, um veraltete Bestimmungen zu aktualisieren und umzustrukturieren (insbesondere in der Anlage zur Finanzierung). Auch gab es Vorschläge für zwei neue Bestimmungen (zur Gründung von Unternehmen, Artikel 2, und zur Hilfeleistung in Notfallsituationen, Artikel 10).

II. Im Besonderen

1. Vereinbarung zur Änderung der am 25. November 1986 unterzeichneten Vereinbarung über die Bereitstellung und den Betrieb von Flugsicherungseinrichtungen und -diensten durch EUROCONTROL in der Bezirkskontrollzentrale Maastricht (Maastricht Vereinbarung)

Zu Artikel 1

Die Maastricht Vereinbarung von 1986 wird gemäß Anlage 1 geändert.

Zu Artikel 2

Der konsolidierte Wortlaut der Maastricht Vereinbarung in der durch die vorliegende Vereinbarung geänderten Fassung ist als Anlage 2 beigelegt.

Zu Artikel 3

1. Die Änderungsvereinbarung bedarf der Ratifikation, der Annahme oder der Genehmigung. Die Ratifikation erfolgt durch vorliegendes Vertragsgesetz.
2. Die Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden sind bei der Regierung des Königreichs Belgien zu hinterlegen.
3. Die Änderungsvereinbarung tritt am ersten Tag des zweiten Monats in Kraft, nachdem die letzte der Nationalen Vertragsparteien ihre Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde hinterlegt hat.
Spätester Termin des Inkrafttretens ist gemäß Artikel 4 der 31. Dezember 2021.
Somit hat die Hinterlegung spätestens bis zum 30. September 2021 zu erfolgen.
4. EUROCONTROL wird Vertragspartei der Vereinbarung.
5. Die Regierung des Königreichs Belgien notifiziert den Regierungen der anderen Mitgliedstaaten der Organisation und der Organisation selbst jede Hinterlegung der Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden durch eine Nationale Vertragspartei sowie den Tag des Inkrafttretens dieser Vereinbarung.
6. Die Änderungsvereinbarung ist von der Regierung des Königreichs Belgien beim Generalsekretär der Vereinten Nationen und beim Rat der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation (ICAO) zu registrieren.

Zu Artikel 4

Die Nationalen Vertragsparteien ergreifen alle notwendigen Schritte, damit diese Vereinbarung spätestens am 31. Dezember 2021 in Kraft tritt.

Dies erfolgt in Deutschland durch das Ratifikationsverfahren.

2. Änderungen der Maastricht Vereinbarung (Anlage 1 der Vereinbarung)

Die am 25. November 1986 unterzeichnete Vereinbarung über die Bereitstellung und den Betrieb von Flugsicherungseinrichtungen und -diensten durch EUROCONTROL in der Bezirkskontrollzentrale Maastricht (Maastricht Vereinbarung) wird wie in den folgenden Artikeln angegeben verändert.

Zu Artikel I

Der Präambel der Maastricht Vereinbarung werden acht Erwägungsgründe angefügt.

In die Präambel der Maastricht Vereinbarung wurde eine Bezugnahme auf die CN-Beschlüsse Nr. 128 und Nr. 129 sowie eine Bezugnahme auf die Rechtsgrundlage für die mögliche Gründung eines Unternehmens aufgenommen. Ebenso wurde eine Erklärung für die Zuweisung von Entscheidungsbefugnissen an die Nationalen Vertragsparteien in den Bereichen Betrieb, Technik, Finanzen und Haushalt – ungeachtet der verbleibenden Entscheidungsbefugnis der CN – aufgenommen (siehe Anmerkung zu Artikel 6). Ein weiterer Erwägungsgrund stellt eine Verbindung zwischen der Haftungsklausel in Artikel 11 der geänderten Vereinbarung von Maastricht und der im CN-Beschluss Nr. 129 verwendeten Formulierung her (siehe Anmerkung zu Artikel 11). Schließlich wird in der

Präambel jetzt auch darauf hingewiesen, dass der Direktor der MUAC den täglichen Betrieb der Flugsicherungsdienste, einschließlich des sozialen Dialogs, sicherstellt, deren Umfang in der Präambel klarer definiert worden ist.

Zu Artikel II

Die Nummerierung wurde aufgrund des neuen Artikels 2 Absatz 2 geändert.

Aufgenommen wurde eine Rechtsgrundlage für die vier Staaten der Kontrollzentrale Maastricht, um von der Möglichkeit Gebrauch machen zu können, ein Unternehmen für die MUAC zu gründen. Die Schaffung eines solchen Unternehmens, das auch im Rahmen anderer Air Traffic Management-Dienste der MUAC genutzt werden könnte, bedarf eines Beschlusses der Ständigen Kommission von EUROCONTROL.

Zu Artikel III

Artikel 3 der Maastricht Vereinbarung wurde geändert und eine Bezugnahme auf die von der Organisation bestimmten betrieblichen und technischen Maßnahmen wurde gestrichen, um der Tatsache Rechnung zu tragen, dass im Hinblick auf eine größere Unabhängigkeit der MUAC die betrieblichen und technischen Maßnahmen stattdessen durch den Direktor der MUAC bestimmt werden (siehe Artikel 4). Die allgemeine Verpflichtung der Organisation, über die Agentur die zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben im Bereich der Flugverkehrsdienste (ATS) erforderlichen Vorkehrungen im Rahmen der Maastricht Vereinbarung zu treffen, gilt weiterhin, weil die MUAC ein fester Bestandteil der Organisation bleiben wird.

Die Bezugnahme in Artikel 3 Buchstabe c wurde angepasst, um der Tatsache Rechnung zu tragen, dass infolge der Streichung des früheren Artikels 2 Absatz 2 der Maastricht Vereinbarung die von den vier Staaten bereitgestellten Anlagen nun ausschließlich in Anlage II geregelt werden.

Zu Artikel IV

Artikel 4 Absatz 1 der geänderten Maastricht Vereinbarung sieht vor, dass der Direktor der MUAC die notwendigen Maßnahmen für die Leitung der Zentrale Maastricht festlegt. Die zuvor in Artikel 4 Absatz 1 enthaltene Bezugnahme auf den ‚Geschäftsführenden Ausschuss‘, der auf Vorschlag des Generaldirektors handelt, wurde gestrichen, da der Geschäftsführende Ausschuss infolge der frühen Umsetzung des revidierten Übereinkommens für die Zwecke der Maastricht Vereinbarung weitgehend obsolet geworden ist.

Artikel 4 Absatz 2 der geänderten Maastricht Vereinbarung sieht Geschäftsführungsbefugnisse für den Direktor der MUAC vor. In der derzeitigen Fassung der Maastricht Vereinbarung besitzt der Generaldirektor diese Befugnisse in Übereinstimmung mit Artikel 3 der Satzung der Agentur. Die endgültige Verantwortung für den Betrieb der MUAC geht vom Generaldirektor auf den Direktor der MUAC über. Die Übertragung der vollen Verantwortung auf den Direktor der MUAC für die Erreichung der Ziele der Zentrale wird die Bindung zwischen den vier Staaten und die Geschäftsführung der Kontrollzentrale Maastricht für den Oberen Luftraum stärken. Damit wird auch die neue institutionelle Struktur von Maastricht ergänzt (Einführung eines ‚Beschlussorgans Maastricht‘), die den

4 Staaten mehr Kontrolle über die Kontrollzentrale Maastricht für den Oberen Luftraum gibt, die in ihrem Namen von der Organisation betrieben wird.

Gegenwärtig gelten getrennte Beschäftigungsbedingungen für das gesamte Personal der MUAC, die als Allgemeine Beschäftigungsbedingungen (GCE) bezeichnet werden. Die GCE haben direkte Auswirkungen auf Finanzen und Haushalt. Die dem Direktor der MUAC in der geänderten Maastricht Vereinbarung übertragene Geschäftsführungsbefugnis beinhaltet daher auch die Befugnis, künftige Beschäftigungsbedingungen für das Personal der MUAC mit den Sozialpartnern auszuhandeln.

Artikel 4 Absatz 3 ermächtigt den Direktor der MUAC, die für die MUAC erforderlichen Unterstützungsdienste zu veranlassen, die entweder über Stellen der Agentur, von Dritten („Outsourcing“) oder auf andere Art und Weise beschafft werden können (z. B. „Insourcing“). Beim Insourcing oder Outsourcing von Diensten, die gegenwärtig durch die Zentrale bereitgestellt werden, würden die Kosten für das Personal, das diese Dienstleistungen in der EUROCONTROL-Zentrale erbringt, nicht mehr länger unter Einzelplan III des Haushalts fallen, sondern vollständig unter Einzelplan I.

Für den Fall, dass es Dienste gibt, die ausgelagert oder wieder eingelagert werden könnten, sowie im Hinblick auf die Sicherstellung der Transparenz bei den Kosten Auswirkungen für alle beteiligten Parteien, müssen eine betriebliche Analyse und eine Kosten-Nutzen-Analyse durchgeführt werden zusammen mit einer Analyse der Auswirkungen auf den Haushalt der Agentur. Dies muss den Mitgliedstaaten mitgeteilt werden, bevor ein Beschluss gefasst wird, diese Dienste über Dritte oder auf andere Art und Weise zu erhalten. Außerdem gilt eine Kündigungsfrist von maximal zwölf Monaten, die noch verlängert werden kann, sollte der Direktor der MUAC beschließen, nicht mehr länger Unterstützungsdienste von der Agentur zu beziehen, um der Agentur die Möglichkeit zu geben, die notwendigen Vorkehrungen zu treffen und so etwaige Auswirkungen auf den Nicht-MUAC Haushalt der Organisation zu begrenzen.

In Artikel 4 Absatz 4 wird näher ausgeführt, dass die vier Staaten für Folgen, die sich für Einzelplan I des Haushalts der Agentur aufgrund von Beschlüssen des Direktors der MUAC ergeben, verantwortlich sind. Im Fall eines Beschlusses des Direktors der MUAC zu den Unterstützungsdiensten wird diese Verantwortung auf die Laufzeit der Kündigungsfrist beschränkt. Dies geschieht, um das Interesse der MUAC und der vier Staaten an Veränderungen, die zu einem effizienteren Ressourcenmanagement bei der MUAC führen, und das Interesse der anderen EUROCONTROL-Staaten daran, dass sich ihr Kostenanteil infolge solcher Maßnahmen nicht erhöht, in ein Gleichgewicht zu bringen.

Zu Artikel V

Ein Beschlussorgan bestehend aus den vier Staaten, wird eingerichtet, um Beschlüsse zu den Themen zu fassen, die im neuen Artikel 6 Absatz 1 aufgeführt sind. Die Beschlüsse werden einstimmig gefasst und sind für die vier Staaten verbindlich. Seine Funktionsweise, einschließlich der Regeln für die Wahl eines Vorsitzenden und Stellvertretenden Vorsitzenden, müssen in der Geschäftsordnung festgelegt werden.

Zu Artikel VI

Der neue Artikel 6 überträgt den vier Staaten im Rahmen des neuen Beschlussorgans Maastricht („MDMB“) Entscheidungsbefugnisse für alle Maßnahmen in den Bereichen Betrieb, Technik, Finanzen und Haushalt – ungeachtet der verbleibenden Entscheidungsbefugnis der CN.

In Artikel 6 Absatz 3 wird näher ausgeführt, dass die vier Staaten für Folgen, die sich für Einzelplan I des Haushalts der Agentur durch Beschlüsse des Beschlussorgans Maastricht ergeben, verantwortlich sind.

Zu Artikel VII

Artikel 6 (alt) der Maastricht Vereinbarung wird durch Artikel 5 (neu) ersetzt.

Artikel VIII

Artikel 7 der Maastricht Vereinbarung wird um einen neuen Absatz 2 ergänzt, in dem festgelegt ist, dass das Eigentum an Gebäuden, Anlagen und Einrichtungen der Zentrale Maastricht einem Unternehmen übertragen werden kann, das auf der Grundlage des neuen Artikels 2 Absatz 2 der geänderten Vereinbarung gegründet wurde.

Zu Artikel IX

Die Änderungen des Artikels 8 Absatz 1 ergeben sich aus der Anwendung der Internationalen Finanzberichterstattungsnormen (IFRS) auf die Haushaltsbuchführung seit 2012. Artikel 8 Absatz 1 bestätigt, dass – mit Ausnahme der Pensionskosten für das Personal der MUAC für die Jahre vor 2005 – alle Ausgaben der MUAC (Personalkosten, Betriebskosten, Abschreibungen, Kapitalkosten und außerordentliche Aufwendungen) und nicht nur die Betriebskosten, wie gegenwärtig in der Maastricht Vereinbarung festgelegt, von den vier Staaten getragen werden, in deren Luftraum die MUAC Flugsicherungsdienste erbringt.

Während Artikel 8 Absatz 1 auf Kosten Bezug nimmt, die im Zusammenhang mit der MUAC entstehen, wird in Artikel 8 Absatz 2 bestätigt, dass die Kosten, die im Zusammenhang mit den von der MUAC für die Organisation durchgeführten Tätigkeiten und dem bereitgestellten Fachwissen entstehen, aus dem Haushalt der Agentur finanziert werden und nicht unter den Einzelplan III (MUAC) fallen.

Zu Artikel X

Die Bezugnahme auf die 1977 mit Deutschland geschlossene Eingliederungs-Vereinbarung ist durch die mit dem deutschen Bundesministerium der Verteidigung im März 2016 geschlossene OAT-Vereinbarung (Operationeller Luftverkehr) obsolet geworden. Stattdessen wurde eine Bestimmung aufgenommen, die sich mit der Möglichkeit von Hilfeleistungen in Fällen einer Unterbrechung von Flugsicherungsdiensten befasst.

Eine solche Hilfeleistung kann bis zur Bereitstellung von Flugsicherungsdiensten durch die MUAC außerhalb des Zuständigkeitsbereichs der MUAC gemäß Anlage I der Maastricht Vereinbarung reichen oder bis zur Bereitstellung von Flugsicherungsdiensten durch die vier Staaten innerhalb des Zuständigkeitsbereichs der MUAC. Voraussetzung für die Bereitstellung solcher Dienste ist jedoch ein vorheriger Briefwechsel zwischen dem Generaldirek-

tor und dem betroffenen Staat beziehungsweise den betroffenen Staaten und eine Bereitstellung solcher Dienste in Übereinstimmung mit den genehmigten Notfallplänen der vier Staaten.

Zu Artikel XI

Artikel 11 Absatz 3 setzt Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe b des CN-Beschlusses Nr. 129 vollständig um, doch wird aus Gründen der Formulierung von Rechtstexten nicht der genaue Wortlaut des CN-Beschlusses verwendet. Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe b beinhaltet zwei Aspekte, insbesondere die finanzielle Verantwortung und Haftung, während Artikel 11 der Maastricht Vereinbarung sich nur mit der Haftung befasst. Die Inhalte des Artikels 4 Absatz 1 Buchstabe b des CN-Beschlusses Nr. 129 werden in verschiedenen Artikeln der Maastricht Vereinbarung behandelt (Artikel 4 betreffend die finanzielle Verantwortung und Artikel 11 über die Haftung). Aus diesem Grund wurde in die Präambel ein Erwägungsgrund aufgenommen, um die Verbindung zwischen dem CN-Beschluss Nr. 129 und der Haftungsklausel in Artikel 11 der geänderten Maastricht Vereinbarung aufzuzeigen und die Entstehung der Änderungen zu erklären.

Infolge der Streichung von Artikel 2 Absatz 2 der Maastricht Vereinbarung und der Aufnahme eines neuen Artikels 10 sind die Bezugnahmen in Artikel 11 Absatz 1 und Absatz 2 entsprechend angepasst worden.

Zu Artikel XII

Die Änderung des Artikels 12 präzisiert die Hierarchie zwischen dem Hauptteil der (geänderten) Maastricht Vereinbarung und ihren Anlagen und berücksichtigt die Möglichkeit einer Änderung der Anlagen durch Briefwechsel zwischen den nationalen Vertragsparteien und dem Generaldirektor der Agentur anstelle eines einstimmigen CN-Beschlusses. Die neue Anlage IV betreffend den gestaffelten Ansatz bei der Kostenaufteilung der Steuerumlage und der Nebenleistungen kann jedoch nicht durch Briefwechsel geändert werden und erfordert immer noch einen einstimmigen CN-Beschluss.

Zu Artikel XIII

Die Bestimmung in Artikel 14 Absatz 3 hinsichtlich einer Übergangszeit wurde gestrichen, da sie obsolet geworden ist.

Zu Artikel XIV

Artikel 2 Absatz 2 der Maastricht Vereinbarung wurde gestrichen, folglich wurde die Bezugnahme auf Artikel 2 Absatz 2 am Anfang der Anlage II herausgenommen.

Zu Artikel XV

Der neue Wortlaut dient dazu, die Einführung der Internationalen Finanzberichterstattungsnormen (IFRS) besser widerzuspiegeln.

Zu Artikel XVI

Teil I der Anlage III der Maastricht Vereinbarung ist umbenannt und angepasst worden, wo sich die Rechtslage seit Annahme der derzeitigen Maastricht Vereinbarung im Jahr 1996 geändert hat. Die vorgenommenen Anpassungen sollten insbesondere der Tatsache Rechnung tragen,

dass der in Teil I der Anlage III beschriebene Vorfinanzierungsmechanismus für Investitionen nicht mehr länger zur Anwendung kommt, da seit 1995 Investitionen über Bankdarlehen finanziert werden. Die Anwendung der Internationalen Finanzberichterstattungsnormen auf die Haushaltskonten seit 2012 führte zu weiteren Änderungen bei der in Anlage III beschriebenen Rechnungslegung.

Zu Artikel XVII

Siehe Begründung zu Artikel XVI.

Zu Artikel XVIII

Siehe Begründung zu Artikel XVI.

Zu Artikel XIX

Einige Artikel mussten aufgrund der Streichung der Artikel 3 bis 5 in Teil I der Anlage III der Maastricht Vereinbarung neu nummeriert werden.

Zu Artikel XX

Die Änderung der Nummerierung ergibt sich aus der Streichung von Artikel 3, 4 und 5 der Anlage III. Artikel 4 musste aktualisiert werden da der Operationelle Luftverkehr (OAT) nicht mehr länger auf Deutschland beschränkt ist.

Zu Artikel XXI

Die Änderung der Nummerierung ergibt sich aus der Streichung von Artikel 3, 4 und 5 der Anlage III. Artikel 5 spiegelt wider, dass alle für die MUAC anfallenden Kosten von den vier Staaten getragen werden müssen, nicht nur

die laufenden Ausgaben, wie dies gegenwärtig in der Maastricht Vereinbarung vorgesehen ist.

Zu Artikel XXII

Die Änderung der Nummerierung ergibt sich aus der Streichung von Artikel 3, 4 und 5 der Anlage III.

Zu Artikel XXIII

Artikel 10 muss gestrichen werden, weil der Cashflow im Zusammenhang mit den Versorgungsleistungen sich seit Einführung des Pensionsfonds geändert hat.

Zu Artikel XXIV

Die Vereinbarung betreffend die Durchführung des Artikels 6 der Maastricht Vereinbarung wird mit der Einrichtung des Beschlussorgans Maastricht, wie in Artikel 5 der geänderten Vereinbarung von Maastricht vorgesehen, obsolet. Die entsprechenden Bestimmungen des Artikels 6 der Vereinbarung wurden zusammen mit entsprechenden Änderungen und unter der Überschrift ‚Teil III: Kostenaufteilung‘ in Artikel 7 überführt.

Zu Artikel XXV

Siehe Begründung zu Artikel XXIV.

Zu Artikel XXVI

In der Erklärung der vier Staaten vom 19. April 2016 betreffend den Ausgleich für die nationale Besteuerung von Versorgungsleistungen und die Kosten für die von der Agentur der MUAC bereitgestellten Unterstützungsdienste wird gefordert, dass der gestaffelte Ansatz für eine Kostenverteilung bei der Steuerumlage und den Nebenleistungen in die Maastricht Vereinbarung aufgenommen wird.

